

The SPD logo consists of the letters 'SPD' in a bold, white, sans-serif font, centered within a solid red square. The red square is positioned in the upper right corner of the overall image, which features a background of a red flag with a white graphic of a city skyline.

SPD

Unser Hamburg
wächst für alle.



Unser Regierungsprogramm
zur Bürgerschaftswahl 2008
in Hamburg.



Liebe Hamburgerinnen und Hamburger,

am 24. Februar 2008 wählen Sie die Abgeordneten für die Hamburgische Bürgerschaft und die Bezirksversammlungen der Hamburger Bezirke. Als Bürgermeister werde ich mich dafür einsetzen, dass es gerecht zugeht in unserer Stadt und die Menschen sicher, gesund und in Freiheit leben können. Für ein stolzes und tolerantes Hamburg, das Arbeit und Aufstiegschancen für alle bietet. Dafür bitte ich Sie um Ihre Unterstützung und Ihre Stimme.

Michael Naumann

Inhaltsverzeichnis

Unser Hamburg.	Seite 5 – 10
Gute Bildung für Hamburg.	Seite 10 – 20
Starke Wirtschaft in Hamburg.	Seite 21 – 24
Gute Arbeit für Hamburg.	Seite 24 – 27
Soziale Stadt Hamburg.	Seite 27 – 36
Mobilität und Klimaschutz in Hamburg.	Seite 36 – 44
Gemeinsam für Hamburg.	Seite 45 – 55

Unser Hamburg.

Hamburg modernisieren – Hamburg menschlich gestalten

Maßstab sozialdemokratischer Politik für Hamburg sind die Bürgerinnen und Bürger in unserer Stadt – ihre Chancen, ihre Bedürfnisse und Sorgen, aber auch ihre Hoffnungen.

Hamburgs Stärke als Hafenstadt, Handelsmetropole, Industrie- und Technologiestandort und als kreatives Zentrum wollen wir bewahren und fördern.

Diese dynamische Wirtschaftsstruktur wurde in Jahrzehnten unter sozialdemokratischen Regierungen entwickelt. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten werden diesen erfolgreichen Hamburger Weg fortsetzen, ohne die soziale Gerechtigkeit aus den Augen zu verlieren.

Eine ökonomisch erfolgreiche Stadt muss eine soziale Stadt sein. Nur eine soziale Stadt wird auf Dauer ökonomisch erfolgreich sein. Denn wirtschaftlicher Erfolg schafft Arbeitsplätze, führt zu Steuereinkommen, finanziert Zukunftsinvestitionen, Sicherheit, Bildung, Lebensqualität.

Eine moderne, technologie- und wissensbasierte Wirtschaftsstruktur braucht eine auf sozialen Ausgleich verpflichtete Gesellschaft, stabile Familien, beste Bildung, Mitbestimmung und das Vertrauen in die eigene Stärke. Alle Elemente bedingen einander. Die Ver-

nachlässigung des Faktors „sozialer Fortschritt“ gefährdet das Erfolgsmodell Hamburg. Daher braucht Hamburg einen Politikwechsel.

Soziale Stadt Hamburg

Die soziale Spaltung unserer Stadt wird immer augenfälliger. In Nienstedten, Othmarschen, Lemsahl-Mellingstedt oder Wohldorf-Ohlstedt zahlen zwei Drittel der Eltern den Höchstbeitrag für die Kindertagesstätte. In anderen Stadtteilen sind die Mittelstandsfamilien und ihre Kinder praktisch nicht mehr vorhanden. Unsere Stadt ist gespalten und die Schullandschaft spiegelt dies nicht nur wider, sondern verfestigt die Spaltung.

Gute Bildung ist der Schlüssel für mehr Chancengleichheit und sozialen Aufstieg. Auch darum war die Einführung von Gebühren für den Besuch der Vorschule, für Schulbücher, für das Mittagessen in der Kita und für das Studium falsch. Wir werden diese Gebühren-Politik beenden.

Soziale Ungleichheit verfestigt sich in Hamburg. Dazu hat ein Schulsystem maßgeblich beigetragen, das soziale Auslese begünstigt und nicht in der Lage ist, individuelle Begabungen zu erkennen und zu fördern. Immer weniger Schüler wollen die Hauptschule besuchen. Denn diese Schulform bietet den Schülern keine Perspektive mehr. Wir wollen allen Schülern neue Chancen eröffnen. Wir werden deshalb die Hauptschule abschaffen und die Zersplitterung der Hamburger Schullandschaft überwinden. Wir ent-

wickeln Stadtteilschulen, an denen jeder Abschluss und das Abitur nach 13 Jahren erworben werden kann.

Wir werden kein Gymnasium gegen den Willen der Eltern abschaffen, sondern auch das Gymnasium verbessern. Diesen Weg der Reformen wollen wir zusammen mit den Eltern, ihren Kindern und den Lehrerinnen und Lehrern gehen.

Individuelle Förderung ist notwendig – für die Lernschwachen wie für die Lernstarken. Soziale Auslese bei Kindern aus bildungsfernen Familien ist ungerecht.

Bildung beginnt nicht erst in der Schule. Die frühkindliche und vorschulische Bildung muss gestärkt werden. Dabei ist die Qualität der Kinderbetreuung entscheidend. Unsere Kitas müssen den Eltern das Gefühl geben, dass ihre Kinder in Kindergarten, Krippe und Hort gut betreut und erzogen werden, dass sie geborgen sind, Zuneigung erfahren und interessante Dinge erleben. Wir werden die Qualität der Kinderbetreuung in Hamburg verbessern.

Deutschland ist ein Einwanderungsland. Aber bisher konnten wir die bei uns lebenden Einwanderer nicht ausreichend integrieren. Integration muss in der Kita anfangen. Wir werden dafür sorgen, dass mehr Einwanderer-Eltern unsere Einrichtungen für ihre Kinder nutzen. Hier beginnt die Schlüsselqualifikation für Bildung, Ausbildung, Arbeit und Integration. Hier lernen die Kinder Deutsch.

Die Konzentration von Arbeitslosigkeit und Armut in bestimmten Stadtteilen führt zum sozialen Stillstand und zu

Gettoisierung. Wer im falschen Stadtteil wohnt, hat heute weniger Chancen. Wer kann, kehrt den betroffenen Quartieren den Rücken. Wir werden verstärkt in die Attraktivität dieser Stadtviertel, ihrer Infrastruktur, ihrer Plätze und Grünanlagen investieren.



In einer sozialen Stadt müssen alle Menschen den gleichen Zugang zu den lebenswichtigen Dienstleistungen haben, und zwar in hoher, verlässlicher Qualität. Deshalb sind wir dafür, dass Bildung, Wissenschaft, Gesundheit, Pflege, Wasserversorgung, Stadtreinigung, Nahverkehr, Hafen, Flughafen und die öffentliche Sicherheit in öffentlicher Hand bleiben. Auch in der Wohnungswirtschaft ist der staatliche Einfluss durch eigene Unternehmen, wie SAGA und GWG, zu sichern. Öffentliche Dienste und öffentliche Unternehmen leisten heute effektive Arbeit. Wir werden durch Modernisierung die Qualität steigern. Wir werden mit den Privatisierungen Schluss machen.

Gute Arbeit für Hamburg

Hamburg profitiert von der Globalisierung, der Zunahme des Welthandels und dem dynamischen Containerumschlag. Dies schafft Arbeitsplätze in unserer Stadt und der Region. Nationale Grenzen verlieren für Waren- und Dienstleistungsverkehr sowie für Arbeitsmärkte zunehmend an Bedeutung. Freihandel bietet die Chancen für mehr Wohlstand bei uns, aber auch in den Entwicklungs- und Schwellenländern.

Die Internationalisierung der Arbeitsmärkte und die Dienstleistungsfreiheit innerhalb der EU bergen allerdings auch Risiken. Die Nettolöhne halten nicht mit der wirtschaftlichen Entwicklung schritt, die Zahl prekärer Beschäftigungsverhältnisse nimmt zu. In vielen Branchen müssen sich Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer der Konkurrenz von ausländischen „Dumpinglöhnern“ stellen.

Wir Hamburger Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten setzen uns darum für die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns in Höhe von 7,50 Euro pro Stunde ein. Arbeit ist gesellschaftliche Teilhabe, aber nicht um jeden Preis. Kein Arbeitgeber darf mit sittenwidrigen Stundenlöhnen Vorteile suchen.

Trotz des allgemeinen Aufschwungs bleibt Langzeitarbeitslosigkeit das Kernproblem am Arbeitsmarkt – auch in Hamburg. Die meisten Langzeitarbeitslosen finden ohne zielgenaue Beratung, Qualifizierung und Vermittlung keinen Anschluss an den ersten Arbeitsmarkt. Wir wollen, dass

Hamburg wieder Vorbild in der Arbeitsmarktpolitik wird. Die Arbeit der Hamburger ARGE (team.arbeit.hamburg) wird diesem Anspruch nicht gerecht. Wir werden Arbeitslose schneller in neue Beschäftigung, in Trainings-, Ausbildungs-, Weiterbildungs- oder Beschäftigungsmaßnahmen vermitteln, damit sie nicht zu Langzeitarbeitslosen werden.

Schüler mit absehbaren Schwierigkeiten werden auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt im Übergang von der Schule in Ausbildung und Beruf durch schulische Mentoren begleitet und beraten. Jedem jungen Menschen unter 25 Jahren, der ohne Berufsausbildung bleibt, müssen individuell zugeschnittene, arbeitsorientierte Fördermaßnahmen offenstehen. Niemand darf zurückbleiben.

Zukunftsfähiges Hamburg

Die ökonomischen und politischen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts betreffen den globalen Standortwettbewerb und alle Fragen von sozialer Gerechtigkeit, die Sicherung der Energieversorgung, Klimaschutz und die technologische Produktentwicklung. Der Wind des globalen Wettbewerbs bläst uns kräftig ins Gesicht. Aber nicht der Wind bestimmt den Kurs, sondern die Stellung der Segel.

Hamburg kann seine Chancen als starker Stadtstaat nutzen. Dazu braucht es gesunde Staatsfinanzen. Die Konsolidierungsanstrengungen seit 1994 sowie die derzeit gute konjunkturelle Lage

machen es möglich, einen ausgeglichenen Haushalt ohne Neuverschuldung und ohne weitere Vermögensverkäufe vorzulegen. Eine strikte Ausgabenbegrenzung ist unumgänglich. Die Hamburger CDU ist davon abgerückt und hat im Vorwahljahr 2007 Mehrausgaben von mehreren 100 Mio. Euro beschlossen. Wir werden wieder eine solide Finanzpolitik aufnehmen sowie den Haushalt weiter konsolidieren und zugleich im Rahmen der vorhandenen Einnahmen und durch Umschichtungen in die Zukunft unserer Stadt investieren.



Hamburg ist es gelungen, Dienstleistungszentrum zu werden und starker Industriestandort zu bleiben. Im globalen Standortwettbewerb sorgen innovative, hochwertige Produkte und eine gute Ausbildung für qualifizierte Arbeitsplätze, gute Löhne und Wohlstand. In Hamburg gibt es viele innovative und kreative Ideen. Diese müssen stärker als bisher gefördert werden, damit sie Eingang finden in

Produkte, Verfahren und Dienstleistungen.

Technologieintensive Bereiche, wie Luft- und Raumfahrt, Hafen und Logistik, Gesundheit und Medizin, Informationstechnologie und Medien, Klimaschutz und erneuerbare Energien benötigen Qualifizierung, Weiterbildung, Hochschulausbildung, Forschung und den Technologietransfer von der Theorie in die Praxis. Hier bedarf es neben dem freien und unentgeltlichen Zugang zu Bildung und Studium der Vernetzung von Einrichtungen, Initiativen, Förderungen und eines möglichst kurzen Weges von der Forschung zum Markt.

Das ist unser Anspruch an ein zukunftsfähiges Hamburg. Er wird unsere Standortpolitik bestimmen.

Lebenswertes Hamburg

Herausragende Projekte sind wichtig, wenn sie Perspektiven für wirtschaftliches und städtebauliches Wachstum eröffnen und die Bedürfnisse nach Wohnen, Arbeiten, Freizeit, Kultur und Sport befriedigen. Zugleich dürfen aber Wohnquartiere und Stadtteile, insbesondere die mit drängenden Problemen, nicht vernachlässigt werden.

Derzeit werden Großprojekte mit Worten begründet wie „Europas größtes (...)“, „Der Welt größtes (...)“ oder „Hamburg bekommt ein weltweit bekanntes neues Wahrzeichen“. Hafencity, Airbus A380 und Elbphilharmonie sind dies oder sollen dies werden. Doch Zukunftsentscheidun-

gen und unhanseatische Großmanns-sucht dürfen sich in einer verantwortungsvollen Politik für Hamburg nicht vermischen.

Hamburg darf nicht nur zur Kulisse für Politikinszenierung werden. Der Politikstil der Von-Beust-Senate, der Hamburg zu einer Kulisse reduziert, ist nicht der Politikstil der Hamburger Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten. Eine Politik des schönen Scheins lehnen wir ab. Wir brauchen bezahlbare und attraktive Wohnungen. Der seit Jahren hinter dem Bedarf zurückbleibende Wohnungsbau hat steigende Mieten zur Folge. Viele Bürgerinnen und Bürger werden so aus ihren Stadtteilen verdrängt werden. Das städtische Wohnungsbauunternehmen SAGA/GWG führt aber – statt in den Wohnungsneubau zu investieren – nach dem Willen der CDU 500 Mio. Euro an ein Sonderinvestitionsprogramm ab, aus dem unter anderem der immer teurere Bau der Elbphilharmonie finanziert wird.

Hamburg ist trotz zunehmenden Flächenverbrauchs immer noch eine Stadt mit viel Wasserflächen, Stadtgrün und Natur. Neben den kulturellen und anderen Freizeitmöglichkeiten ist es dies, was unsere Stadt für uns Hamburgerinnen und Hamburger, wie auch für die Vielzahl der Besucherinnen und Besucher, so attraktiv macht. Die umfangreichen Konversionsflächen in Hamburg bieten uns die Chance, das Wachstum der Metropole zu realisieren und den Grün- und Naturverbrauch zu senken.

Zur Lebensqualität gehört auch die Mobilität. Sie ist wesentlich für gesellschaftliche Teilhabe und muss deshalb barrierefrei, für jeden bezahlbar und umwelt- und klimaschonend sein. Das Auto ist für die Mobilität vieler unverzichtbar. Moderne Technik, die Förderung des öffentlichen Personenverkehrs mit Bussen und Bahnen sowie des Fuß- und Radverkehrs müssen als Alternative zum privaten Autoverkehr verbessert werden

Die Freiheit von Angst, von Verbrechen und von Gewalt ist für die Lebensqualität des Einzelnen entscheidend. Die Gewährleistung der inneren Sicherheit hat für uns eine herausgehobene Stellung. Die rasante und erschreckende Zunahme der Gewalt auf unseren Straßen ist die vielleicht größte Enttäuschung der Wähler durch den Von-Beust-Senat.

Das Leben in Hamburg und in seinen Stadtteilen sicher und lebenswert zu gestalten ist das Ziel unserer Politik.

Bürgerstadt Hamburg

Die Bürgerstadt Hamburg lebt seit jeher vom gesellschaftlichen Engagement ihrer Einwohner. Hunderttausende sind ehrenamtlich in sozialen Einrichtungen, Kirchengemeinden, freiwilligen Feuerwehren, Sportvereinen, Bürgervereinen oder Initiativen tätig. Zahlreiche Jugendliche bemühen sich um ein freiwilliges soziales oder ökologisches Jahr – und vielen wird keine Stelle vermittelt.

Auch das politische Engagement gehört zur republikanischen Tradition unserer

Stadt und beschränkt sich heute nicht mehr auf die Teilnahme an Wahlen oder die Mitgliedschaft in einer Partei. Der Wille zur Mitbestimmung und Mitentscheidung der Hamburgerinnen und Hamburger zielt auch auf wichtige Einzelfragen: Welches Wahlrecht soll gelten? Sollen Krankenhäuser und Wasserversorgung privatisiert werden oder in öffentlicher Hand bleiben?

Für uns Hamburger Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten gehört daher nicht nur der Regierungswechsel zur Demokratie, sondern auch das Vetorecht der Bürgerinnen und Bürger in Einzelfragen. Daher wollen wir faire Verfahren und die Verbindlichkeit für Volksentscheide durchsetzen.

Verantwortung für Hamburg

Moderne und zukunftsgerichtete Politik darf sich nicht darin erschöpfen, die



Summe beliebiger politischer Entscheidungen zu finanzieren. Sie kann und darf nicht jedem jedes versprechen. Sie muss zwischen wichtigen und unwichtigen Zielen unterscheiden. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sind sicher, dass wir gemeinsam mit den Hamburgerinnen und Hamburgern wieder große Ziele erreichen können – so, wie das auch in der Vergangenheit gelungen ist.

Gute Bildung für Hamburg.

Zukunft unserer Kinder – Zukunft unserer Stadt

Immer wieder wird betont, dass Kinder unsere Zukunft seien. Die Realität: Wir tun in Deutschland viel zu wenig für die Bildung, Betreuung und Erziehung unserer Kinder. Welche Kinderfeindlichkeit zum Teil herrscht, sieht man an juristischen Schritten gegen den Lärm spielender Kinder. Es wird versucht, Kindertagesstätten aus Wohngebieten zu vertreiben. Auch auf die bereits seit Jahren veränderte Familien- und Berufssituation hat der Staat nicht angemessen reagiert. Kinderbetreuungseinrichtungen, die es Eltern ermöglichen, zu arbeiten, gibt es nicht in ausreichendem Maße. Deshalb muss sich die Situation ändern.

Kinder vor Armut und Vernachlässigung schützen

Die Tatsache, dass in Hamburg jedes vierte Kind in Armut lebt, dürfen wir nicht hinnehmen. Hier kommt es darauf an, dass der Staat dafür sorgt, dass Armut sich nicht vererbt. Alle Kinder müssen die Chance auf gleiche Teilhabe am gesellschaftlichen Leben, auf Bildung und Erziehung haben. Hier hat die Stadt eine originäre Aufgabe für Chancengleichheit zu sorgen.

In Hamburg darf künftig kein Kind mehr vergessen werden. Die tragischen Fälle, in denen ein Kind in der Wohnung seiner Eltern verhungert oder aus einer verwaisten Wohnung gerettet worden ist, haben gezeigt, dass die Rechte der Familie da Grenzen haben müssen, wo Leben und Gesundheit von Kindern gefährdet sind.

Wir werden

- die Kinder- und Familienhilfzentren der Stadt quantitativ und qualitativ weiterentwickeln und das Projekt der Familienhebammen ausweiten;
- die bisher nur empfohlenen regelmäßigen ärztlichen Kindesuntersuchungen U1 bis U9 landesrechtlich obligatorisch machen;
- die Allgemeinen Sozialen Dienste (ASD) in den Bezirken verstärken und
- die verschiedenen sozialen Einrichtungen im Stadtteil dazu veranlassen, „Bündnisse für Familien“ zu gründen, um in besonderen Problemlagen zu helfen.

Gute Bildung für alle

Das Recht auf Bildung ist ein Grundrecht in einer menschlichen Gesellschaft. Bildungschancen für alle und damit die Möglichkeit zum Aufstieg zu sichern – das sind Kernbereiche sozialdemokratischer Politik. Bildung darf nicht vom Portemonnaie der Eltern abhängen. Hamburgs Eltern sind in den letzten Jahren durch immer neue Gebühren für staatliche Bildungsleistungen sehr belastet worden. Deshalb werden wir die Vorschulgebühren und das Büchergeld abschaffen.

Wohlstand und soziale Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland hängen in Zukunft mehr denn je von guten Leistungen des Bildungssystems ab. Auf den globalisierten Märkten werden wir nur noch mit erstklassiger Qualifikation vieler bestehen können. Während andere Länder bis zu 70 Prozent eines Jahrgangs zum Abitur führen, schöpfen wir unser Potenzial noch längst nicht aus. Das muss anders werden.

Leistungsschwächere besser fördern

Wir werden nicht hinnehmen, dass in unserer reichen Gesellschaft viele Hauptschüler und Jugendliche keine Chance auf dem Arbeitsmarkt haben. Immer noch produziert unsere Gesellschaft, trotz absehbaren Facharbeitermangels, neue Arbeitslosengenerationen. Deutschland ist ein Einwanderungsland. Unsere Schulen sind nicht ausreichend dafür ausgestattet, Lernprobleme von Kindern mit Migrationshintergrund zu

bewältigen und alle Kinder ihren Begabungen entsprechend zu fördern. Bildungschancen unabhängig von Herkunft, Geschlecht und sozialer Stellung sind die wichtigsten Grundlagen für soziale Gerechtigkeit und eine erfolgreiche Entwicklung unserer Gesellschaft. Wir werden die Qualität von Bildung und Betreuung verbessern. Unser Ziel ist es, eine qualitativ hochwertige, gebührenfreie Betreuung und Bildung vom Kindergarten bis zur Hochschule anzubieten.

Bildung beginnt vor der Schule

Bereits sehr früh im Leben werden die Grundlagen für die späteren Chancen unserer Kinder gelegt. Aufmerksamkeit, Fürsorge und Anregung durch das Umfeld sind entscheidend für die weitere Fähigkeit und Motivation zum Lernen, für Neugier, Selbstvertrauen und soziale Kompetenzen. Wesentliche Weichenstellungen erfolgen vor dem Eintritt in die Grundschule. Dies gilt in besonderem Maße für das Erlernen von Sprachen. Alle Kinder brauchen deshalb frühe, nachhaltige und umfassende Sprach- und Leseförderung. Verlässliche frühkindliche Bildung und Betreuung ermöglicht allen Kindern soziale Teilhabe und unterstützt die intensive Förderung von Begabungen.

Kitas ausbauen – Vereinbarkeit von Familie und Beruf fördern

Hamburgs Eltern wünschen sich Kitas mit qualifizierter und verlässlicher Betreuung und nachhaltiger Förderung ihrer Kinder.



Mit dem Kinderbetreuungsgesetz, das von Sozialdemokraten initiiert und von vielen Hamburgerinnen und Hamburgern unterstützt worden ist, wurde die „Hamburger Garantie“ durchgesetzt. Es besteht ein Anspruch auf Betreuung für jedes Kind von der Geburt bis zum 14. Lebensjahr, in dem Umfang, in dem die Eltern arbeiten. Es reicht nicht aus, den Bedarf an Kindertagesbetreuung vorrangig nach der Arbeitstätigkeit der Eltern zu bemessen. Wir wollen allen Kindern die Bildung zukommen lassen, die sie brauchen, um erfolgreich und sprachlich sicher in der Schule starten zu können. Entscheidend ist der Bedarf des Kindes, z.B. im Bereich der Sprachförderung oder aufgrund von pädagogischen oder sozialen Anforderungen. Deshalb muss sich in Zukunft der Betreuungsumfang auch am individuellen Bedarf des Kindes orientieren.

Frühzeitige Hilfestellung für Kinder mit Migrationshintergrund sind für uns Aufgabe der Kinderbetreuung.

Wir werden mehr Ganztagesplätze einrichten. Das gilt insbesondere für die sozial benachteiligten Stadtteile.

Die Erhöhung der Zahl der Kinderbetreuungsplätze, auch im Krippenbereich, hat für uns Priorität. Unser Ziel für die nächste Legislaturperiode ist, dass jeder, der einen Platz benötigt, diesen für sein Kind vom vollendeten 1. Lebensjahr an bekommen kann.

Arbeitslosigkeit oder die Geburt von Geschwisterkindern sollen nicht, wie bisher, nach kurzer Frist zum Verlust des Betreuungsumfangs der Kita-Kinder führen. Vielmehr sollten in solchen Fällen großzügige Karenzzeiten gelten. Familien sollten die Elternzeit nutzen können, ohne einen Betreuungswechsel ihrer älteren Kinder zu riskieren. Kinder arbeitsloser Eltern sollen nicht auch noch durch den Verlust gewohnter Kita-Gruppen bestraft werden.

Frühkindliche Bildung soll in Zukunft gebührenfrei sein

Frühkindliche Bildung darf keine Frage des Geldbeutels sein. Sie muss mittelfristig für Eltern genauso beitragsfrei sein wie schulische Bildung. Das letzte Jahr vor der Schule wird vom 1. August 2008 an in der Kita oder der Vorschule beitragsfrei sein. Für die vorausgehenden Altersstufen werden wir die Kita-Gebühren schrittweise bis zum Jahr 2012 abschaffen.

Das Mittagessen in der Kita wird sofort kostenlos sein.

Qualität der frühen Bildung sicherstellen

Erzieherinnen und Erzieher müssen Fehlentwicklungen und Störungen rechtzeitig erkennen und Kinder aus verschiedenen Kultur- und Sprachkreisen gemeinsam erziehen und fördern. Deshalb benötigen Erzieher und Erzieherinnen eine qualifiziertere Ausbildung. Das Hamburger Institut für Lehrerfortbildung soll zu einem gemeinsamen Institut für Lehrer und Erzieher fortentwickelt werden.

Um Begabungen rechtzeitig zu fördern und die frühzeitige Ausgrenzung Leistungsschwächerer zu vermeiden, ist ein individuell gestalteter, fließender Übergang von der Kita und/oder Vorschule in die Schule für jedes einzelne Kind erforderlich. Dieser Übergang erfordert eine Kooperation zwischen den einzelnen Einrichtungen.

Wir wollen dazu „Bildungsgärten“ einführen, in denen Kitas, Vorschulen und Schulen zusammenarbeiten. Bildungsgärten sorgen dafür, dass mit hoher pädagogischer Qualität Kinder unabhängig von ihrer Herkunft alle ihre Möglichkeiten nutzen können.

Kleine Klassen für die Kleinen

Die Grundschulklassen in allen Stadtteilen – insbesondere den sozial benachteiligten – sind zu groß. Wir werden für die Verkleinerung aller Grundschulklassen sorgen, ohne dass dies zu Lasten von Förder- und Teilungsstunden geht.

Eine Ausgrenzung von Kindern mit Behinderung und Förderbedarf darf es nicht geben. Wo es möglich ist, sollen diese Kinder die Schulen im Stadtteil besuchen. Wir wollen folgende Ziele erreichen:

- Alle Grundschulklassen in sozial benachteiligten Stadtteilen sollen nicht mehr als 18 Schüler haben, in anderen Stadtteilen nicht mehr als 20.
- Es sollen weitere 58 Integrationsschulen eingerichtet werden, so dass dann zunächst in über 40 Prozent der Grundschulen Kinder mit und ohne Behinderung gemeinsam lernen können.
- Der schrittweise Ausbau der Grundschulen zu Förderzentren wird die Zahl der Förderschulen reduzieren.

„Gute Schulen für Hamburg“ bedeutet: mehr Zeit zum Lernen – Ausbau der Ganztagschulen vorantreiben

Hamburg braucht mehr Ganztagschulen in allen Schulformen. Ganztagschulen verteilen den Lernstoff auf mehr Zeit und entsprechen damit stärker den täglichen Leistungskurven der Schüler. Kinder können so besser gefördert werden. Wir werden ein Hamburger Programm für Ganztagschulen umsetzen, damit innerhalb von sechs Jahren 100 Schulen zu Ganztagschulen umgewandelt werden.

„Gute Schule“ heißt: fit für das 21. Jahrhundert

Schule muss sich verändern und die Kinder und Jugendlichen auf die Heraus-

forderungen des 21. Jahrhunderts vorbereiten. Bildungsstandards garantieren, dass die Schüler die notwendigen Kenntnisse erlangen. Die Leistungsfähigkeit der Schulen wird durch externe Überprüfung gesichert.

Wir wollen

- Unterricht, der Schlüsselqualifikationen vermittelt, wie Methodenkompetenz und Teamfähigkeit;
- individualisierten Unterricht, der auf die verschiedenen Bedürfnisse der Kinder eingeht und die Förderung besonders begabter Schüler möglich macht;
- mehr Auslandsaufenthalte für Schüler;
- ständige Weiterbildung der Lehrkräfte;
- Entlastung der Schulleitungen durch Verwaltungskräfte;
- moderne Technik und verbesserte Arbeitsplätze für Lehrkräfte.

Sprach- und Leseförderung sind Schlüssel zu guter Bildung

Schon jetzt hat jedes zweite Kind an Hamburgs Grundschulen einen Migrationshintergrund. Häufig treffen Migrationshintergrund und soziale Probleme in Hamburger Stadtteilen zusammen. Kinder in diesen Stadtteilen scheitern oft an Sprachschwierigkeiten. Der Erwerb deutscher Sprachkenntnisse muss so früh wie möglich stattfinden. Deshalb wollen wir

- Lehrkräfte gewinnen, die selbst einen Migrationshintergrund haben;
- in Zusammenarbeit mit der Universität

Hamburg ein Leseförderungsprogramm starten, in dem Hamburger Lehramtsstudierende an den Hamburger Schulen Lesekurse für förderbedürftige Schüler durchführen;

- ein Programm zu gezielter Elternarbeit durchführen und Eltern in die Sprachförderung wirksam einbeziehen.

Für eine gute Sprachausbildung ist es von Nutzen, auch die Förderung der jeweiligen Herkunftssprache zu ermöglichen.

Hamburgs Schulstruktur weiterentwickeln

Die Hamburger SPD hat einen klaren Weg zur Umgestaltung der Schulstruktur beschlossen. Langfristiges Ziel bleibt die Einführung einer Schule für alle. Wir wollen Schulen, die für alle Kinder Verantwortung übernehmen. Wir werden im ersten Schritt die Hauptschule abschaffen und durch Verbindung von Schulen verschiedener Schulformen integrierte Stadtteilschulen schaffen. Wir werden den Prozess befördern durch eine regionale Schulentwicklungsplanung und Schulaufsicht, die nicht mehr nach Schulformen gegliedert ist. Je nach der Situation in der Region werden die Schulen aus Haupt-, Real- und Gesamtschulen entstehen. Auch Gymnasien können in den Verbund der Stadtteilschule einbezogen werden oder sich zu Stadtteilschulen weiterentwickeln. Eine Fusion der verschiedenen Schulformen bleibt als Endziel erhalten, unter Respektierung des Elternwillens. Die Tatsache, dass 50 Prozent der Eltern ihre Kinder an

Gymnasien anmelden, wird nicht ignoriert. Gegen den Willen der Eltern wird kein Gymnasium umgewandelt.

Stadtteilschulen sollen vorrangig als Ganztagschulen geführt werden und alle Schulabschlüsse bis zum Abitur anbieten. Dieses wird nach 13 Jahren erreicht. Sie werden durch Vernetzung mit den Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit, Jugendhilfe, Stadtteilkultur, Bücherhallen und Sportvereinen in den Stadtteil hineinwirken. So sollen neue Zentren für die Stadtteile entstehen.

Wir Sozialdemokraten wollen kein System, das Schüler und Schülerinnen aussortiert. Deshalb werden wir das Sitzenbleiben abschaffen. Es kann nicht mehr hingenommen werden, dass sich Schulen einfach von schwächeren Schülern trennen. Deshalb soll Schluss mit dem Abschulen sein. Die Förderung der Schüler muss im Mittelpunkt stehen. Auch Gymnasien werden in Zukunft mehr für die Förderung jedes einzelnen Schülers tun müssen, damit dieser am Ende erfolgreich ist.

Ein System, in das nach der vierten Klasse 50 Prozent der Schüler wechseln, das am Ende aber nur 27 Prozent der Schüler zum Abitur führt, hat offensichtliche Schwächen.

Mehr Chancen mit einem Schulabschluss

Jeder achte Jugendliche (12 Prozent) eines Jahrganges erreicht keinen Schulabschluss. Dadurch wird die Zahl künftiger Erwerbsloser vergrößert.

Wir wollen deshalb die Zahl der Schülerin-

nen und Schüler ohne Schulabschluss in den nächsten sechs Jahren um die Hälfte reduzieren. Dazu werden wir

- die Regelschulzeit von neun auf zehn Jahre anheben;
- Schülerinnen und Schülern mit Schwierigkeiten ab Klasse 8 einen schulischen „Mentor“ zur Seite stellen, bis der Übergang in Ausbildung oder Arbeit gelungen ist;
- Angebote für junge Erwachsene zum nachträglichen Erwerb des Hauptschulabschlusses bereitstellen und
- keinem Hauptschüler und keiner Hauptschülerin verwehren, mit einem weiteren Schulbesuch einen Realschulabschluss zu erwerben.

Perspektive in Ausbildung und Arbeit

Rund 10.000 Jugendliche befinden sich jährlich in Hamburg in so genannten Warteschleifen, weil sie keinen Ausbildungsplatz gefunden haben. Jedes Jahr kommen etwa 2.000 Jugendliche dazu. Hamburg kann es sich nicht erlauben, diese Jugendlichen vom Arbeitsmarkt auszuschließen. Wir wollen deshalb allen Jugendlichen in Hamburg als „Hamburger Garantie“ nach der Schule eine Perspektive auf Ausbildung oder Arbeit geben.

Eine Jugendpolitik für alle Jugendlichen in unserer Stadt

Kinder und Jugendliche brauchen Orte, an denen sie selbst bestimmen können.

Deshalb treffen sich viele in Verbänden und Gruppen.

Kommerzielle Freizeitangebote außerhalb von Schulen und Kitas können sich viele Kinder und Jugendliche in Hamburg nicht leisten. Für sie sind deshalb die Angebote der offenen Kinder- und Jugendarbeit oft die einzige Möglichkeit, Erfahrungen zu sammeln und Selbständigkeit zu erlernen. Deshalb ist eine gute Ausstattung von Einrichtungen der offenen Kinder- und Jugendarbeit in Quartieren mit sozialen Problemlagen besonders wichtig. Wir werden die dafür benötigten finanziellen Mittel bereitstellen.

Hamburg – Stadt der Bildung und der Wissenschaften

Wissenschaft hat eine große Bedeutung für die Lebenschancen der Menschen und die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft. Forschung und Hochschulbildung werden immer wichtiger für die Sicherung des Wohlstandes und die Bewältigung des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Wandels.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollen, dass Hamburg sich als Stadt der Bildung und des Wissens profiliert. Wir werden die Stärken der Hamburger Hochschulen und Forschungseinrichtungen ausbauen und diese in die Lage versetzen, gute Lehre und international anerkannte Forschung anzubieten. Wir werden die desolaten und für die Hochschulen destruktive Wissenschaftspolitik des CDU-Senats beenden.

Den Hochschulen in Hamburg Perspektiven geben

Hamburg braucht mehr Studentinnen und Studenten: Im europäischen Ausland studieren bis zu 50 Prozent eines Jahrgangs – in Hamburg nur 39 Prozent. Wir wollen einen offenen Zugang zum Studium und werden die Zahl der Studierenden aus bildungsfernen Familien erhöhen. Staatliche Ausbildungsförderung ist deshalb bedarfsgerecht weiterzuentwickeln.

- Wir wollen ein gebührenfreies Erststudium einschließlich des Masterstudiums und werden die Studiengebühren wieder abschaffen.
- Wir werden zur Verbesserung von Lehre und Studium insgesamt 40 Mio. Euro pro Jahr im Landeshaushalt einplanen, um die Betreuung der Studierenden und die Ausstattung zu verbessern.
- Für den doppelten Abiturjahrgang, der ab 2010 an die Hochschulen kommt, werden wir ausreichend Studienkapazitäten schaffen.
- Gute Lehre und Forschung brauchen gute Räume. Wir werden ein Hochschulinvestitionsprogramm auflegen, um die vernachlässigten Hochschulgebäude schnell zu modernisieren.
- Wir werden für ein bedarfsgerechtes Angebot von Wohnheimplätzen sorgen, um mit diesem preisgünstigen und flexiblen Angebot ein konzentriertes Studium und die Mobilität der Studierenden zu fördern.

Studieren soll auch ohne allgemeine Hochschulreife möglich sein

Die Schließung der erfolgreichen und bundesweit einzigartigen Hochschule für Wirtschaft und Politik hat ein falsches Signal gesetzt. Wir wollen den Hochschulzugang auch für Berufserfahrene ohne Abitur in Hamburg ausweiten. Hierzu werden wir das Hochschulzulassungsgesetz ändern und zusätzliche besondere Studienmöglichkeiten für Studierende ohne allgemeine Hochschulreife schaffen.

Gute Wissenschaft an Hamburgs Hochschulen

Für die SPD ist ein Studium stets mehr als eine reine Berufsqualifizierung – eine Hochschule ist für uns ein Ort, an dem neue Wege beschritten werden, fächerübergreifende Zusammenarbeit praktiziert und Denken in gesellschaftlichen Zusammenhängen erlernt wird.

- Wir werden für die Bachelor-Absolventen Masterstudienplätze nachfrageorientiert und differenziert nach Fächern bereitstellen.
- Wir wollen die Gleichberechtigung der Abschlüsse an allen Hochschulen: Der Bachelorabschluss an der Fachhochschule soll als Zugangsvoraussetzung zum Masterstudium an der Universität anerkannt werden und die Promotion soll nach einem Masterabschluss der Fachhochschule möglich sein.
- Wir werden ausreichend Juniorprofessuren vorsehen.

- Der Anteil der Professorinnen soll erhöht werden.

Die Hamburger Hochschullandschaft – leistungsfähig und international attraktiv

Forschung und Lehre gehören zusammen. Sozial- und Geisteswissenschaften sind ebenso zu fördern wie Natur- und Ingenieurwissenschaften.

Hamburgs Hochschulen müssen die Vielfalt der Fächer in den Sprach- und Kulturwissenschaften, Natur-, Ingenieur- und Gesellschaftswissenschaften anbieten. Kulturelle Kompetenz ist im 21. Jahrhundert wichtiger denn je und wird immer stärker auch von der Wirtschaft nachgefragt.

Wir werden

- die interdisziplinären Studiengänge fördern;
- durch die Verknüpfung von Geistes-, Sozial- und Sprachwissenschaften mit Wirtschaftswissenschaften die Schaffung eines Kompetenzzentrums für Außenwirtschaftsbeziehungen einleiten und
- die Zusammenarbeit im norddeutschen Hochschulraum deutlich verbessern.

Verantwortlich für die öffentlichen Hochschulen ist der Staat. Er muss ihre Finanzierung sichern. Die Hochschulen sollen in eigener Kompetenz ihre wissenschaftlichen Stärken ausbauen. Wir stehen zur Eigenständigkeit der Hochschulen und werden diese in einem neuen Hochschulgesetz verankern.

Wir werden die innere Demokratie und die Hochschulautonomie wieder stärken. Die Hochschulleitungen werden in Zukunft von den Hochschulsenaten gewählt und von den Hochschulräten bestätigt.

Hochschulmedizin

Das Universitätsklinikum Hamburg-Eppendorf kann eines der modernsten Deutschlands werden. Die wirtschaftliche Konsolidierung darf nicht von der wissenschaftlichen Profilierung in Lehre und Forschung abgekoppelt werden. Das Universitätsklinikum und die medizinische Fakultät sind Teil der Universität und stehen in der gleichen wissenschaftlichen und akademischen Verantwortung. Diese Ziele schließen eine Privatisierung des UKE aus.

Forschung und Technologietransfer

Außeruniversitäre Forschungseinrichtungen sind in den letzten Jahrzehnten zu einer starken Säule in unserem Wissenschaftssystem geworden. Hamburg hat neben forschungsstarken Fachbereichen seiner Hochschulen hervorragend ausgestattete und weltweit anerkannte außeruniversitäre Forschungseinrichtungen.

- Wir werden in einer strategischen „Hamburger Forschungsallianz“ die Kooperationen zwischen den Hamburger Hochschulen und den außeruniversitären Forschungseinrichtungen gezielt verstärken und ausbauen.
- Wir werden einen effizienten Technologietransfer für Hamburgs Hochschulen

und Forschungseinrichtungen fördern und die bestehenden Technologietransferwege zu einer zentralen Informations- und Serviceeinrichtung für Unternehmen und Forscher weiterentwickeln.

Weiterbildung und lebenslanges Lernen

Der Fachkräftemangel hat sich in Hamburg inzwischen zu einer echten Innovations- und Konjunkturbremse entwickelt. Dies trifft in besonderer Weise die Basis der Hamburger Wirtschaft, den Mittelstand, und gilt für gewerbliche wie für akademisch ausgebildete Arbeitnehmer gleichermaßen.

In anderen Metropolen wächst der Anteil der Beschäftigten mit Hochschulausbildung. Hamburg hinkt weit hinterher. Während in München bereits jeder fünfte Beschäftigte ein Studium abgeschlossen hat, ist es in Hamburg nur jeder achte. Im europäischen Vergleich werden sogar Spitzenwerte von bis zu 50 Prozent erreicht.

Sowohl im nationalen wie im internationalen Vergleich wird in Hamburg zu wenig in die Qualifikation von Beschäftigten und Arbeitssuchenden investiert. Insbesondere fehlt es an Weiterbildungsangeboten für ältere Arbeitnehmer. Berufliche Fortbildung ist eine gemeinsame Aufgabe von Staat und Wirtschaft.

Hamburg hat aber durch die hohe Zahl an bereits vorhandenen Bildungseinrichtungen und -unternehmen die große Chance, sich als führendes Weiterbildungszentrum für den norddeutschen Raum zu etablieren.

- Hamburg soll zur Weiterbildungsmetropole des Nordens werden.
- Wir werden branchenbezogene Initiativen gegen den Facharbeitermangel in Kooperation mit der Wirtschaft starten.
- Wir werden Qualifikations- und Beschäftigungsmöglichkeiten für Frauen mit Familienaufgaben in kreativer Zusammenarbeit mit den Unternehmen und öffentlichen Arbeitgebern verbessern.
- Wir wollen, dass die Hochschulen mehr berufsbegleitende Studiengänge und Fortbildungen anbieten.
- Wir wollen außerdem die Bedingungen für das Teilzeitstudium verbessern. Dadurch sollen insbesondere Berufstätigen oder jungen Müttern und Vätern, aber auch Studierenden, die neben ihrem Studium arbeiten müssen, größere Chancen eröffnet werden.
- Bei der inhaltlichen Ausrichtung und der Finanzierung von Weiterbildungsangeboten sind die Arbeitgeber, die Arbeitsagentur, die ARGE und die Kammern gefragt. Wir streben einen „Pakt für Weiterbildung“ zwischen Senat, Hochschulen, den Kammern sowie branchenbezogenen Arbeitgeberverbänden und den Gewerkschaften an.
- Wir brauchen bezahlbare Bildungsangebote für alle Altersgruppen und wollen die Weiterbildung über die Hamburger Volkshochschule stärken und einen Hamburger Weiterbildungs-Pass einführen.

Starke Wirtschaft in Hamburg.

Hamburgs Wirtschaft wächst

Der Erfolg der Hamburger Wirtschaft beruht auf dem Engagement und dem technologischen Know-how der Unternehmen und der Qualifikation der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Hamburg profitiert vom weltweiten Boom – über den Hafen und über die Handels- und Logistikunternehmen und die zahlreichen Dienstleistungsunternehmen, die hier angesiedelt sind.

Hamburg muss die Beschäftigungs- und Einkommenssituation verbessern

Wirtschaftlicher Erfolg kann nur auf der Basis einer ausgeglichenen Gesellschaft gesichert werden. Sozialer Fortschritt und ökonomischer Erfolg sind untrennbar aneinander gebunden. Erfolgreiche Wirtschaftspolitik muss die Rahmenbedingungen setzen für den wirtschaftlichen Erfolg der Unternehmen und damit auch für die finanziellen Spielräume der Stadt. Sie muss auf der anderen Seite ebenso das soziale Gleichgewicht in der Stadt stärken. Das setzt neue Arbeitsplätze und die Sicherstellung eines angemessenen Einkommens voraus.

Hamburgs Wirtschaft braucht Innovationen zur Zukunftssicherung

Seit den achtziger Jahren befindet sich die Hamburger Wirtschaft in einem Prozess

ständiger Veränderung. Der Anteil der Industrieunternehmen ist deutlich gesunken, Dienstleistungsunternehmen der verschiedensten Branchen – von der Werbe- und Medienbranche bis hin zur Gesundheitsversorgung und vor allem zum



Logistikbereich – leisten einen immer größeren Beitrag zur Wertschöpfung und zur Beschäftigungssituation.

Hamburgs Chancen liegen in der Entwicklung zur Wissensmetropole.

Die Innovationsfähigkeit der Wirtschaft entscheidet über die zukünftigen Möglichkeiten der Stadt und über wettbewerbsfähige Arbeitsplätze.

Staatliche Innovationspolitik darf und kann nicht in Konkurrenz stehen zu den Investitions- und Forschungsentscheidungen von Unternehmen, sondern muss diese unterstützen und ergänzen. Die Ansiedlung der A380-Produktion in Finkenwerder ist ein Beispiel gelungener Innovationspolitik, die sich auf Cluster konzentriert. Airbus und Lufthansa Technik sind

die beiden großen Kristallisationspunkte, um die herum sich Hamburg und die Metropolregion zu einem der weltweit größten Luftfahrtstandorte entwickelt haben mit mehr als 30.000 Beschäftigten. Sie sind das Ergebnis sozialdemokratischer Standortpolitik.

Erfolgreiche Innovationspolitik bedingt die Kooperation von Staat, Unternehmen und Hochschulen. Hier ist die Zusammenarbeit zwischen der Luftfahrtbranche und den Hochschulen beispielhaft.

Wir wollen das erfolgreiche Clustermanagement für die Bereiche Luftfahrt und Medien als Modell für die Wirtschaftsförderung in anderen Bereichen – zum Beispiel im Bereich maritimer Wirtschaft und ökologischer Industriepolitik – nutzen.

Clusterpolitik setzt dort an, wo Hamburgs Stärken liegen und wo es bereits Unternehmen gibt, die sich erfolgreich auf dem Hamburger, nationalen und internationalen Markt bewegen. Dies gilt insbesondere auch für den Dienstleistungsbereich, der einen wesentlichen Teil der Wirtschaftskraft Hamburgs ausmacht.

Logistik als Innovationstreiber und Jobmotor

Hamburg ist ein herausragender Logistikstandort. Logistik ist weit mehr als die Bewältigung der Transportaufgabe. Die besonderen Herausforderungen liegen darin, den Verkehrsfarkt durch intelligente Steuerung der Logistikprozesse zu vermeiden, Transporte mit einer verbes-

serten Auslastung der Verkehrsträger zu bündeln und produktbezogene Wertschöpfungsprozesse in die Versorgungsketten einzubeziehen. Darüber hinaus ist darauf zu achten, dass nicht einfach in den Bezirken Bergedorf und Harburg, die die größten Flächenreserven haben, wertvolle Landschaftsflächen planlos umgewandelt werden.

- Die Logistikwirtschaft bedingt ein effizientes Flächenmanagement der öffentlichen Hand, zumal in einem Stadtstaat mit begrenzter Fläche. Vorrang bei der Förderung haben für uns die Logistikdienstleistungen, die einen hohen Beitrag zur Wertschöpfung und Beschäftigung erbringen.
- Deshalb werden wir vor der Ausweisung weiterer Logistikflächen Güterverteilzentren, Hochlager und eine Kooperation mit dem Umland prüfen.
- Die Erhöhung der Leistungsfähigkeit der Verkehrsinfrastruktur der Straße, der Schiene und der Binnenschifffahrt ist erforderlich.
- Bei der Stärkung des Logistikstandorts Hamburg werden wir die Förderung der Innovationsfähigkeit der Unternehmen in den Mittelpunkt stellen. Die Hochschulen, insbesondere die HAW und die TU Hamburg-Harburg, sind gefordert, besondere Forschungsvorhaben in der Steuerung der Logistikprozesse voranzutreiben.
- Auch im Logistikbereich ist die verstärkte und zielgenaue Ausbildung von Fachkräften nötig. Wir werden diesen Bereich

sowohl an den Hochschulen als auch in der dualen Ausbildung stärken.

Kleine und mittlere Unternehmen stärken

Hamburgs unternehmerischer Erfolg wird getragen von den kleinen und mittleren Unternehmen. Wie in ganz Deutschland sind sie es, die den Großteil der Arbeitnehmer beschäftigen und überproportional viele junge Menschen ausbilden. Kleine und mittlere Unternehmen sind häufig besonders innovativ und flexibel. Auch sie müssen sich der Globalisierung stellen und stehen längst im weltweiten Wettbewerb.

Gerade für die Expansion und internationale Zusammenarbeit wird die auch im Ländervergleich geringe Ausstattung Hamburger Unternehmen mit Eigenkapital zu einem Problem.

- Wir werden eine Hamburger Investitionsbank gründen, um insbesondere die Finanzierungsmöglichkeiten kleiner und mittlerer Unternehmensgründer und Unternehmer zu verbessern.
- Wir werden kleine und mittlere Unternehmen bei der Erschließung von Märkten im Ausland unterstützen.
- Viele Einwanderer haben in den vergangenen Jahren erfolgreich Unternehmen in Hamburg gegründet. Sie leisten damit einen guten Beitrag zu Wertschöpfung und Beschäftigung. Wir wollen diesen Unternehmen durch gezielte Fördermaßnahmen z. B. für Ausbildung und Qualifizierung helfen.

Hamburgs Hafen für neue Herausforderungen ausbauen

Hamburgs SPD hat den Hamburger Hafen immer unterstützt. Vom Hafen und seiner weiteren Entwicklung hängen direkt und indirekt über 156.000 Arbeitsplätze in Hamburg und der Metropolregion Hamburg ab. Der Ausbau des Hafens ist notwendig, um die erwarteten Umsatzsteigerungen im weltweiten Containerverkehr bewältigen zu können. Die erwarteten Steigerungen im Container-, aber auch im Massengutverkehr stellen Hamburg vor große Herausforderungen. Schon heute ist klar, dass weder die Straßen noch die besonders umweltfreundlichen Verkehrsträger Bahn und Binnenschiff auf diese Zuwächse ausreichend vorbereitet sind. Neben einem Ausbau der bestehenden Infrastruktur setzen wir auf den Einsatz moderner Technologien bei der Bewältigung des Hafenverkehrs.

Wir sind für

- die Anpassung der Fahrwinne an der Unterelbe;
- den Umbau des Mittleren Freihafens für Containerumschlag;
- den Ausbau der Oberelbe zum verstärkten Transport von Containern mit Binnenschiffen;
- Forschung, um den Hafen und seinen Verkehr mit den Bedürfnissen der Menschen in der Stadt zu vereinbaren.

Hamburgs Einfluss auf die Entwicklung des Hafens geschieht nicht nur über Ge-

setze und Pachtverträge, sondern wesentlich auch über die HHLA, den größten Umschlagbetrieb. Der Senat hat in unverantwortlicher Weise Teile der HHLA verkauft. Wir werden dafür sorgen, dass der Verkauf über die jetzt an die Börse gebrachten 30 Prozent hinaus nicht stattfindet.

Hamburg als nachhaltigen Industriestandort weiterentwickeln

Hamburg hat sich trotz des Strukturwandels als Industriestandort bewährt. Erfolgreiche Unternehmen in der Grundstoffindustrie, Werften, Maschinenbauunternehmen und Unternehmen anderer Bereiche stellen 17 Prozent der Arbeitsplätze in Hamburg. Zudem hängt ein großer Teil der unternehmensnahen Dienstleistungen der Hansestadt direkt oder indirekt von den Industrieunternehmen ab. In den letzten Jahren haben wir – wie auch der Industrieverband – wiederholt einen Masterplan Industrie gefordert. Diese Forderung hat der CDU-Senat nach langem Zögern schließlich aufgenommen und einen ersten Plan vorgelegt. Dieser Plan ist mangelhaft.

Wir werden

- gemeinsam mit der Industrie und den Gewerkschaften Maßnahmen ergreifen, um dem Facharbeitermangel entgegenzuwirken;
- eine ökologische Industriepolitik betreiben;
- auf dem Sektor regenerativer Energien einen weiteren Schwerpunkt der Wirt-

schaftspolitik setzen. Es gibt große Chancen für Hamburger Firmen auf dem industrieökologischen Weltmarkt;

- die Kooperation der Hamburger Hochschulen mit Industrieunternehmen im Schwerpunktbereich Klimaschutz vorantreiben.

Hamburg ist Medienmetropole

Hamburg ist einer der wichtigsten Standorte der Medienwirtschaft in Deutschland. Hamburg ist führend in der Werbewirtschaft und in der Zeitschriftenbranche. Darüber hinaus ist Hamburg ein wichtiger Filmstandort und erfolgreich bei Entwicklung und Design im Bereich neuer Medien.

- Wir wollen die für die Zukunft des Medienstandortes besonders wichtigen Ausbildungseinrichtungen ausbauen.
- Die kulturelle Filmförderung ist ein Markenzeichen Hamburgs. Das jährliche Filmfest und Einrichtungen wie CineGraph mit dem Internationalen Filmhistorischen Kongress und die Kinemathek sind ein wesentlicher Bestandteil der Hamburger Kulturpolitik. Wir wollen im norddeutschen Verbund die Filmförderung verstärken.

Das duale Rundfunksystem stärken

Wir unterstützen den NDR und Studio Hamburg. Beide sind für uns wichtige Standortfaktoren. Der NDR muss als Vierländeranstalt erhalten bleiben.

Die Gestaltungsmöglichkeiten der digitalen Zukunft des Rundfunks dürfen für die öffentlich-rechtlichen Anstalten nicht eingeschränkt werden.

Bei den nächsten Verhandlungen über den Rundfunkstaatsvertrag werden wir uns für den barrierefreien Zugang von behinderten Menschen zu Radio und Fernsehen einsetzen.

Mediengesetz

Hamburgs Bürgerinnen und Bürger haben Anspruch auf ein vielfältiges und breit informierendes Programmangebot. Die Vielfalt der veröffentlichten Meinungen muss gewährleistet werden und wir brauchen mehr Qualität in den Programmen der privaten Anbieter.

- Wir werden das Mediengesetz revidieren.
- Es gilt, die ländergemeinsamen Strukturen der Privatfunkordnung weiter auszubauen. Dazu gehört auch die Schaffung einer gemeinsamen norddeutschen Medienanstalt.

Hamburg und Europa

Hamburg ist mit der Erweiterung der Europäischen Union und der europäischen Nachbarschaftspolitik in die Mitte Europas gerückt. Der Ostsee-Raum ist inzwischen eine der wachstumsstärksten Wirtschaftsregionen der EU. Durch den Hafen und die Kooperation mit Lübeck profitiert Hamburg unmittelbar davon. Hamburg ist Gewinner der europäischen Integration.

Als traditioneller maritimer Standort ist Hamburg am Aktionsplan der EU zur Meerespolitik beteiligt. Hier gilt es in Kooperation mit den norddeutschen Ländern den Standort Norddeutschland nachhaltig zu stärken. Die Wachstumschancen im Ostsee-Raum müssen mit einer maritimen Bündnis- und Entwicklungspolitik für Hamburg genutzt werden.

Wir werden gemeinsam mit den norddeutschen Ländern und unseren nördlichen Nachbarn in der EU dafür sorgen, dass die Entwicklungschancen der Regionen zwischen den Metropolregionen Hamburg, Kopenhagen/Malmö/Lund und Berlin gefördert werden.



**Gute Arbeit
für Hamburg.**

Arbeit braucht angemessene Bezahlung: Mindestlohn jetzt durchsetzen

Die Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit bleibt eine zentrale Aufgabe der Hamburger Politik. Menschen haben ein Anrecht auf eine gute Arbeit. Dazu gehört eine existenzsichernde Bezahlung.

Nach den beschämenden Erfahrungen der vergangenen Jahre in Hamburg mit Dumpinglöhnen halten wir die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes in Höhe von 7,50 Euro für unabdingbar.

Angemessene Bezahlung heißt auch: gleicher Lohn für gleiche Arbeit. Frauen bekommen noch heute im Schnitt 15 Prozent weniger Lohn für die gleiche Arbeit. Wir werden uns dafür einsetzen, dass die Tarifparteien regelmäßig überprüfen, ob die Entlohnung diskriminierungsfrei ist.

Hamburg als Arbeitgeber:

Vorbild auf dem Arbeitsmarkt

Wo der Senat als direkter Arbeitgeber, als Gesellschafter, Zuwendungs- oder Auftragsgeber Einfluss hat auf die Gestaltung der Arbeitsverhältnisse, muss er vorbildlich handeln: beim Flächentarif, aber auch bei der Förderung von Beschäftigung, Ausbildung, Umweltschutz, Gleichstellung, Weiterbildung, altersgerechten Arbeitsplätzen und bei der Vereinbarung betrieblicher Altersversorgung

Die Qualität eines Arbeitsplatzes geht aber über die Bezahlung hinaus. Menschen wollen und sollen ihre Fähigkeiten einbringen und weiterentwickeln können. Die Arbeitsbedingungen müssen so gestaltet sein, dass Gesundheit und Lebensqualität gewährleistet und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf möglich ist. Bei der öffentlichen Auftragsvergabe muss die Tariftreue eingefordert und kontrolliert werden. Ausschreibungen und Zuwendungen dürfen nicht zum Lohndumping missbraucht werden. Wir werden das Vergabegesetz so gestalten, dass auch Dumpinglöhne und Lohndrückerei im Dienstleistungsbereich verhindert

werden. Ein Korruptionsregister wird Wettbewerber vor „schwarzen Schafen“ schützen. Wir lehnen die Versuche unionsgeführter Länder ab, das Jugendarbeitschutzgesetz einzuschränken, und setzen uns für eine stärkere Verfolgung von Verstößen gegen Schutzrechte ein.

Zur Qualität von Arbeit gehört auch die Möglichkeit der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, auf ihre Arbeitsbedingungen Einfluss zu nehmen. Wir bekennen uns daher ausdrücklich zur Mitbestimmung als einem Instrument einer demokratischen Wirtschaftsordnung. Mitbestimmung hat über Jahrzehnte Wirtschaftswachstum und Fortschritt unterstützt.

- Wir werden das von der CDU verstümmelte Personalvertretungsrecht durch ein modernes Mitbestimmungsgesetz für die Verwaltung ersetzen.

Die Gewerkschaften sind eine wirtschaftliche, soziale und demokratische Kraft in Hamburg. Sie haben diese Stadt mit aufgebaut. Sie übernehmen Verantwortung für die Gestaltung der Arbeits- und Lebensbedingungen. Wir stehen mit den Hamburger Gewerkschaften in einem politischen Dialog und streiten mit ihnen gemeinsam für eine solidarische Stadt.

Mit aktiver Arbeitsmarktpolitik gegen Langzeitarbeitslosigkeit vorgehen

Drastische Kürzungen in der Arbeitsmarktpolitik haben in Hamburg dazu geführt, dass sich die Langzeitarbeits-

losigkeit verfestigt hat. Statt auf gezielte Qualifikation und individuelle Maßnahmen setzt die Stadt einseitig auf das Instrument der so genannten Aktivjobs, besser bekannt als 1-Euro-Jobs. Diese Maßnahmen taugen nur als Ultima Ratio für eine kleine Gruppe von Arbeitssuchenden. Der von der Stadt ausgeübte Kostendruck, verbunden mit einer nur noch chaotisch zu nennenden Vergabepraxis, hat zudem zu einer fortschreitenden Qualitätsverschlechterung bei den Trägern geführt.



Wir setzen dagegen auf Beschäftigungsförderung und Qualifizierung, vor allem auf der Basis von sozialversicherungsrechtlichen Arbeitsverhältnissen. Wir werden ein Sonderprogramm für öffentlich geförderte Beschäftigung zur Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit auflegen. Dafür werden wir die gesamte Bandbreite der Fördermöglichkeiten des Sozialgesetzbuches nutzen, damit auf individuelle Problemlagen reagiert werden kann.

Die Arbeit der team.arbeit.hamburg, der von Bundesagentur für Arbeit und städtischer Verwaltung gebildeten Arbeitsgemeinschaft für die Umsetzung der Maßnahmen für hilfebedürftige Arbeitslose in Hamburg, ist unzureichend. Bis heute sind nicht alle benötigten Stellen besetzt. Der angestrebte Betreuungsschlüssel wird immer noch nicht erreicht, wodurch die intensive Beratung der Arbeitssuchenden trotz des hohen Einsatzes der Mitarbeiter auf der Strecke bleibt. In unserem Sonderprogramm zur Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit werden wir folgende Maßnahmen ergreifen:

- Wir werden team.arbeit.hamburg so umstrukturieren, dass sie in erster Linie als Dienstleisterin für die Arbeitssuchenden arbeitet. Beschäftigungs- und Qualifizierungsförderung sowie Hilfen zur sozialen Stabilisierung werden in individuellen Integrationsplänen miteinander verzahnt. Wir werden Qualität, Wettbewerb und Verlässlichkeit in der Arbeitsmarktpolitik sichern.

Wir werden den konsequenten Ausbau der Qualifizierungsmaßnahmen beginnen und uns auch auf Bundesebene dafür einsetzen, dass Qualifizierung bei der Bundesagentur für Arbeit wieder einen höheren Stellenwert bekommt.

Wir werden den Übergang zwischen Schule und Beruf so gestalten, dass jeder Jugendliche in Hamburg einen Platz in einer Ausbildung oder einer qualifizierenden Maßnahme findet. Unternehmen, die

vermehrt ausbilden, wollen wir fördern. Wir prüfen, ob dafür eine von den Kammern erhobene Ausbildungsumlage eingeführt werden soll. Wir werden kleinen Unternehmen die Ausbildung im Verbund erleichtern und sie bei der Betreuung der Jugendlichen unterstützen. Wir werden für Jugendliche, die in Unternehmen keinen Ausbildungsplatz erhalten, öffentlich geförderte Ausbildungsplätze mit Kammerprüfung anbieten.

Für Risikoschüler werden wir schulische Mentoren einsetzen, die die jungen Menschen bereits ab der achten Klasse und bis zum sicheren Einstieg in den Beruf begleiten.

Wir werden in einem Pilotmodell „Gemeinwohlorientierte Bürgerarbeit“ sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze anbieten. Diese Maßnahmen wollen wir zunächst in einem Modellprojekt aus dem Hamburger Haushalt finanzieren.

Gemeinsam mit der Hamburger Wirtschaft wollen wir ein Beschäftigungsprogramm für befristet geförderte, sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze für Langzeitarbeitslose initiieren.

Arbeitsmarktpolitik kann nicht allein vom Staat betrieben werden. Die gesellschaftlich notwendigen Anstrengungen müssen von allen Beteiligten, Staat, Unternehmen, Gewerkschaften und Institutionen, getragen werden. Wir werden daher die Initiative für Arbeit und Ausbildung erneuern.



Soziale Stadt Hamburg.

Stadtentwicklung in Hamburg: Infrastruktur für eine moderne Metropole

HafenCity

Die HafenCity ist das städtebaulich herausragende Zukunftsprojekt für Hamburgs Stadtentwicklung. Die HafenCity birgt unvergleichliche Chancen und braucht – als Generationenprojekt – die notwendige Zeit, sich zu entwickeln.

- Wir wollen mehr attraktive bezahlbare Wohnungen in der HafenCity.
- Wir wollen in der HafenCity Arbeitsplätze in Zukunftsbranchen, im Dienstleistungssektor und im Handwerk ansiedeln.
- Wir werden Kulturinstitutionen in der HafenCity fördern.
- Wir werden den Anteil der Grün- und Freiflächen gegenüber der jetzigen

Planung deutlich erhöhen und wir werden überprüfen, ob es Möglichkeiten gibt, den Wohnungsanteil auszuweiten.

Sprung über die Elbe

Ein weiteres Generationenprojekt, das wesentlich für die Entwicklung Hamburgs in der Zukunft ist, ist der „Sprung über die Elbe“. Die Idee, den Süden Hamburgs, der durch Elbe und Hafen von der Reststadt getrennt ist, durch neue Stadtteile an die Stadt heranzuholen, ist richtig. Sie bietet die Chance, Stadtteile wie Wilhelmsburg städtebaulich aufzuwerten und auch zu verändern. Der Hafen darf in seiner Entwicklung, insbesondere in den östlichen Hafenteilen, nicht behindert werden. Der Sprung über die Elbe darf aber nicht in Wilhelmsburg enden. In Harburg ist durch die Entwicklung der Schlossinsel und des Areals am Binnenhafen eine zusätzliche Attraktion für Hamburg geschaffen worden. Es wird darauf ankommen, die Schlossinsel und den Binnenhafen mit der Harburger Innenstadt zu verbinden.

Einen neuen Stadtteil in Altona schaffen

In Altona entsteht das dritte große städtebauliche Projekt, das das Gesicht des Hamburger Westens im 21. Jahrhundert prägen wird. Die Bahn wird große Flächen um den Altonaer Bahnhof aufgeben. Mitten in der Stadt ergibt sich die Chance, einen neuen Stadtteil zu gestalten. Wir wollen die Grundstücksspekulation aus dem Gebiet heraushalten und unter

Beteiligung der Bürger das Konzept für ein neues Altona mit einer Mischung aus Arbeitsstätten, Wohnen und Grün mit einer menschenfreundlichen Verkehrsgestaltung und integriertem Klimaschutzkonzept entwickeln.

Bezirkzentren nicht vernachlässigen

Neben der HafenCity und der Innenstadt werden wir die Bezirkzentren nicht vergessen. Die Große Bergstraße in Altona, die City in Bergedorf, der Wandsbeker Markt, die „Fuhle“ in Barmbek, der Langenhorner Markt oder die Osterstraße, um nur einige zu nennen, dürfen städtebaulich und in Bezug auf den Einzelhandel nicht abgehängt werden. Sie erfüllen wichtige Funktionen bei der Versorgung der Bevölkerung und auch als wohnortnahe Dienstleistungszentren.



Lebensqualität und soziale Stadt

Lebenswertes Hamburg

In jeder Großstadt gibt es reichere und ärmere Stadtteile – das ist zumeist dem Grundstücks- und Wohnungsmarkt geschuldet und oft historisch gewachsen. Die Bewohner so genannter armer Stadtteile haben ein Recht auf Lebensqualität. Es darf nicht sein, dass es Quartiere in Hamburg gibt, in denen Kinder schlechtere Bildungschancen und Jugendliche schlechtere Berufsaussichten haben und Erwachsene keine Jobs bekommen, weil sie dort herkommen, wo sie wohnen. Das Programm „Lebenswerte Stadt“ des CDU-Senats ist nur ein Strohfeuer. Obwohl mindestens 13 benachteiligte Stadtteile erkannt wurden, gibt es jetzt eine Förderung für nur 6 von 105 Hamburger Stadtteilen – St. Pauli, Veddel, Lurup, Jenfeld und andere sind nicht dabei. Zudem werden fast ausschließlich bereits in den Bezirken angelaufene Projekte gefördert, die sich der CDU-Senat jetzt auf seine Fahne schreiben möchte. Die Projekte sind nicht nachhaltig, es wird wieder in Steine investiert. Dass innerhalb der Mauern eine längerfristige Arbeit für den Stadtteil geleistet werden kann, ist nicht gesichert.

Stadtteile und Wohnquartiere gezielt stärken

Wir Sozialdemokraten werden die Stärkung der Wohnviertel, die aufgrund

der Einkommens- und Sozialstruktur ihrer Bewohner einen besonderen Entwicklungsbedarf haben, in die Verantwortung unserer Regierungspolitik stellen.

Dabei hat die Bildungssituation Priorität. Stadtteile mit hohen Anteilen von Familien mit geringen Einkommen und/oder Migrationshintergrund müssen exzellent ausgestattete Kinderhorte, Kindertagesstätten, Bücherhallen und Schulen haben, um die soziale und kulturelle Integrationsaufgabe meistern zu können. Die Förderung der Kinder und ihrer Entwicklungschancen entscheidet letztendlich darüber, ob ein Stadtteil Risiko oder Chance für Familien ist, ob er als Notunterkunft oder als Heimat empfunden wird, ob er langfristig ein schlechtes oder ein gutes Image hat.

Die Schulen müssen Zentren der Kommunikation im Stadtteil werden. Sie werden Ort der Begegnung, der Bildung, der Kommunikation und des kulturellen Austauschs sein: für Kinder und Jugendliche ebenso wie für Eltern und Erzieher – auch außerhalb der Unterrichtszeiten – für Elternarbeit, für sportliche und kulturelle Aktivitäten.

Es muss auch wieder Ansprechpartner der Verwaltung für die Bürgerinnen und Bürger im Stadtteil geben. Die Identifikation mit Wohngebieten und Stadtteilen wird durch regionale Kommunikationszentren erhöht. Wo noch nicht vorhanden, sind Bürgerhäuser in der Regie und Verantwortung von Bürgern des betreffenden Stadtteils zu fördern.

Sicherheit und Sauberkeit in allen Stadtteilen

Armut, Fremdheit, mangelnde Verständigung führen häufig zu Ängsten und Unsicherheit. Wir wollen Sicherheit und Sauberkeit gerade in schwierigen Stadtteilen fördern. Dazu soll das Konzept der Hausbetreuer-Logen und des bezirklichen Ordnungsdienstes erweitert werden. Darüber hinaus werden wir mit der Hamburger Stadtreinigung ein neues Konzept zur Sicherung eines sauberen Stadtbildes in allen Hamburger Quartieren erarbeiten.

Ein breites und preisgünstiges Angebot an Wohnraum sichern

Hamburg hat wegen der vorausschauenden Wohnungsbaupolitik früherer SPD-geführter Senate ein breit gefächertes und qualitativ überwiegend gutes Angebot von Wohnungen. Der CDU-Senat hat den Wohnungsbau sträflich vernachlässigt. Deshalb steigen die Mieten in der Stadt überdurchschnittlich schnell.

Hamburg braucht eine aktive Wohnungsbaupolitik, um die unterschiedlichen Wohnraumbedarfe – insbesondere von Beziehern kleiner Einkommen – zu decken und eine Preisexplosion zu verhindern. Wir Sozialdemokraten werden in Hamburg den öffentlich geförderten Wohnungsbau für Normalverdiener stärken. Insgesamt braucht Hamburg mindestens 5.500 neue Wohnungen pro Jahr.

Um Wohnungen für alle Bevölkerungsschichten bereitzustellen, muss es einen

Mix aus frei finanzierten und staatlich geförderten Sozialwohnungen geben. Insbesondere für Familien mit Kindern muss ein gutes Angebot geschaffen werden, damit diese nicht ins Umland ziehen müssen.

Wir werden gleichzeitig nicht zulassen, dass alte Arbeiterquartiere zukünftig als so genannte Szene-Stadtteile für Normalverdiener unerschwinglich werden. Und wir wollen, dass auch in von Investoren gemiedenen Stadtteilen durch Wohnungsbau Impulse für eine positive Stadtteilentwicklung möglich sind. Deshalb müssen insbesondere Wohnungsbau-genossenschaften und dem städtischen Wohnungsunternehmen Flächen zu günstigen Konditionen zur Verfügung gestellt werden – das derzeitige Höchstpreisverfahren verhindert eine positive Stadtteilentwicklung.

Deshalb braucht Hamburg ein städtisches Wohnungsunternehmen. SAGA/GWG ist auf der Grundlage der vorausschauenden Wohnungspolitik der SPD-geführten Senate heute ein leistungs- und wettbewerbsfähiges und hochwirtschaftliches Wohnungsunternehmen. Der CDU-Senat wollte dieses Unternehmen ebenso privatisieren wie LBK und HHLA. Vor dem Hintergrund zunehmender Proteste in deutschen Städten, in denen Bürgermeister Wohnungen oder Wohnungsunternehmen zum Verkauf stellten, hat der Senat auf einen Verkauf von SAGA/GWG verzichtet. Das Unternehmen

zahlt dafür aber einen hohen Preis: Über 500 Mio. Euro muss die SAGA/GWG an den Hamburger Haushalt abführen. Wir Sozialdemokraten werden dieses wohnungs-, sozial- und stadtentwicklungspolitisch wichtige Steuerungsinstrument nicht verkaufen.

Wir wollen, dass dieses aus sozial gebundenem Vermögen erwirtschaftete Geld wieder für Wohnungsbau und soziale Stadtteilentwicklung eingesetzt wird, und nicht – wie vom CDU-Senat beschlossen – für so genannte Leuchtturmprojekte ausgegeben wird.

Angebot der Bücherhallen ausbauen

Bücherhallen sind Orte der Bildung, der Kultur und der Kommunikation im Stadtteil. Sie sind Zentren sozialer Integration und interkultureller Begegnung.



Sie tragen mit ihrer Präsenz in den Quartieren maßgeblich zur Belebung des Standortes bei.

Wir wollen das Netz der Bücherhallen zu einem flächendeckenden Angebot ausbauen, damit sich die kulturellen, die sozialen und die Bildungsfunktionen der Bücherhallen in allen Stadtteilen entfalten können.

Stadtteilkultur fördern, Geschichtswerkstätten stärken

Die Einrichtungen der Stadtteilkultur – von Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten vor vielen Jahren ins Leben gerufen – bedürfen einer verlässlichen Unterstützung. Geschichtswerkstätten und Stadtteilarchive leisten im lokalen Bildungsbereich eine wichtige Arbeit. Sie bewahren das Gedächtnis der Stadtteile und ihrer Menschen. Ihre Arbeitsfähigkeit werden wir absichern und verbessern.

Kinder- und Jugendkultur stärken

Hamburg verfügt seit vielen Jahren über eine traditionell vielschichtige und lebendige Kinder- und Jugendkulturszene. Wir wollen die vorhandenen Angebote ausbauen und vernetzen, damit Hamburger Kinder eine gerechte Chance erhalten, auch in der Zukunft am kulturellen Leben der Stadt teilhaben zu können.

Wir wollen die Mittel für Kinder- und Jugendkultur verstetigen. Die Aktivitäten von Schulen und Stadtteilkultureinrichtungen sollen besser vernetzt werden.

Integration heißt Normalität

In Hamburg leben laut Mikrozensus rund 466.000 Menschen mit Migrationshintergrund. Davon sind 218.700 Deutsche, deren Familien eine Zuwanderungsgeschichte haben, und 247.420 Ausländer. Unter den 6- bis 18-Jährigen hat fast jeder Zweite eine Migrationsbiographie. Mit dem ersten Zuwanderungsgesetz in der Geschichte Deutschlands wurde unter Kanzler Schröder im Jahr 2005 eine seit 1955 bestehende Realität politisch und offiziell anerkannt: Deutschland ist ein Einwanderungsland und muss diese Einwanderung auch politisch steuern. Um den sozialen Zusammenhalt in unserer Stadt zu sichern, müssen wir Fortschritte bei der Integration der Einwanderer erreichen. Wir müssen sie dabei unterstützen, sich auf der Grundlage demokratischer Werte und Normen gleichberechtigt in unserer Stadt entfalten zu können. Die Integrationspolitik muss vor allem bei denjenigen ansetzen, die seit vielen Jahren in Hamburg leben, zum Teil hier geboren oder aufgewachsen sind, und die sich dennoch nicht dazugehörig fühlen oder aufgrund ihrer Zuwanderungssituation benachteiligt sind. Zweifellos haben Maßnahmen, die im Kindesalter ansetzen, die größte Aussicht auf Erfolg. Daher muss der Schwerpunkt der Bemühungen um Integration in der Bildung, bei den Jugendlichen und bei der Vermittlung von Ausbildungsplätzen liegen.

- Wir werden eine Fachexpertenstelle für Integration und Zuwanderung einrichten, die dem Ersten Bürgermeister direkt zugeordnet ist.

Hamburg – Stadt des Sports

Sportliche Aktivitäten und gute sportliche Unterhaltung bekommen in einer lebendigen internationalen Großstadt ein immer größeres Gewicht. Sport ist für viele Hamburger und Hamburgerinnen ein bedeutsamer Inhalt ihres alltäglichen Lebens geworden.

Wir wollen eine Metropole, in der die Bürgerinnen und Bürger vielfältige Gelegenheiten haben, Sport zu treiben. Dazu bieten der organisierte Sport, der Schulsport, der Betriebssport, Sportinitiativen und offene Bewegungsräume viele Möglichkeiten.

Eine einseitige Unterstützung von Leistungssport und Sportevents, wie dies in den letzten sechs Jahren geschehen ist, lehnen wir ab. Der Leistungssport ist ohne Perspektive, wenn nicht auch der Breitensport unterstützt wird. Beide bedingen einander. Deshalb stehen wir für den Ausbau der Sportförderung in allen Stadtteilen. Die sportliche Jugendarbeit werden wir gerade in den benachteiligten Stadtteilen stärker unterstützen. Sie vermittelt soziale Kompetenz und demokratische Erziehung in bestem Sinne. Sport ist gut für die Integration Jugendlicher aus unterschiedlichen sozialen Gruppen und Kulturen.

Wir stehen zur verlässlichen Finanzierung des Sports

Die SPD wird wie in den vergangenen Jahrzehnten eine verlässliche und auskömmliche finanzielle Förderung des gemeinnützigen Sports in den Vereinen garantieren. Die Abhängigkeit des Sports von den sinkenden Beträgen aus dem Wettspielmarkt hat zu Schwierigkeiten beim Hamburger Sportbund mit seinen 800 Vereinen geführt. Daher ist die Finanzierung über den Haushalt der richtige Schritt. Gemeinsam mit dem organisierten Sport werden wir das Modell der Sportförderung zukunftsorientiert weiterentwickeln.

- Wir wollen einen Sockelbetrag von 10 Mio. Euro für den Hamburger Sport, der 500.000 Vereinsmitglieder vertritt. Damit sollen auch die einzelnen Fachverbände in die Lage versetzt werden, ihre Arbeit den heutigen Ansprüchen entsprechend umzusetzen. Darüber hinaus sichern wir die unentgeltliche Nutzung von Sportstätten.

Qualitätsoffensive im Schulsport und Jugendarbeit im Sport

Wir werden den Stellenwert von Sport und Bewegung in Schule und Ausbildung stärken. Die positiven Wirkungen des Sports für die gesundheitliche und soziale Entwicklung der Jugend müssen durch eine Ausweitung der sportlichen Aktivitäten an den Schulen nutzbar gemacht werden. So werden wir eine verlässliche dritte Sportstunde an den Schulen garantieren.



Perspektivisch soll die sportliche Betätigung an Schulen ausgeweitet werden. Dies gilt insbesondere vor dem Hintergrund der Ausdehnung des Ganztagsunterrichtes. Dabei werden wir Kooperationen von Vereinen und Schulen besonders unterstützen. Die Organisation des Schwimmunterrichts soll weiter verbessert werden, damit alle Hamburger Kinder erfolgreich schwimmen lernen können.

Wir werden eine Stiftung für Gesundheitssport unter Beteiligung von weiteren Trägern wie den Krankenkassen voranbringen, um die Angebote im Gesundheitssport zu erweitern.

Wir werden Kooperationsprojekte von Kindergärten und Vereinen für das Kinderturnen sowie Projekte mit Senioreneinrichtungen für Seniorensport fördern.

Moderne Sportstätten

Über einen Sportfonds werden wir Sportstätten modernisieren und Anreize für Vereine setzen, selbst Sportstätten zu modernisieren oder zu übernehmen. Das

Management der öffentlichen Sportstätten muss deutlich verbessert werden, um deren Verfügbarkeit und Auslastung zu optimieren. Die SPD setzt sich für einen sauberen Leistungssport ein, in dem junge Menschen ihre Talente systematisch entwickeln und dabei wichtige Lebenserfahrungen sammeln können.

Soziale Stadt – sichere Stadt

Eine soziale Stadt ist eine sichere Stadt. Zur Gewährleistung von Sicherheit gehört eine konsequente Haltung der ganzen Gesellschaft, von Polizei, Staatsanwaltschaft und Justiz gegenüber Kriminalität. Wirksame Sicherheitspolitik setzt dabei voraus, dass neben der Bekämpfung der Kriminalität auch konsequent gegen deren Ursachen vorgegangen wird. Jede Vermeidung zukünftiger Straftaten ist ein Mehr an Sicherheit für die Bürgerinnen und Bürger. Prävention heute bedeutet mehr Sicherheit morgen. Sicherheit und Freiheit, polizeiliche Verbrechensbekämpfung und Prävention gehören deshalb zusammen.

Starke Sicherheitsbehörden

Die Anzahl der Hamburger Polizisten schrumpft. Der CDU-Senat hat die Ausbildung des Polizeinachwuchses um fast 400 Anwärter gekürzt und schließt vier Polizeikommissariate. Auch bei Hamburgs Feuerwehr hat die CDU mit der Ausdünnung im Rettungsdienst bei Nacht und mit einem unsozialen Dienstplan gefähr-

liche Einschnitte zu verantworten. Bei den Sicherheitsbehörden, bei Polizei und Feuerwehr müssen sich Pensionierungen und Neueinstellungen die Waage halten. Wir wollen keine ausufernden Verwaltungsstrukturen im Polizeipräsidium, sondern starke Polizeikommissariate vor Ort. Wir werden die Rahmenbedingungen für die Vollzugskräfte bei Polizei, Feuerwehr und Strafvollzug im engen Dialog mit den Personalvertretungen gestalten. Gerade die Bediensteten, die täglich ihr Leben für unsere Sicherheit riskieren, haben unsere volle Unterstützung verdient.

Gegen die Zunahme von Gewalt – für einen effektiven Opferschutz

Schutz und Hilfe für die Opfer von Straftaten sind ein sozialdemokratisches Anliegen. Trotz einer insgesamt geringeren Kriminalitätsrate gibt es in Hamburg heute 20 Prozent mehr Opfer von Straftaten als noch 2001. Die Gewalt in Hamburg, gerade durch Jugendliche oder auch in der Familie, hat dramatisch zugenommen, die Tendenz zur Brutalisierung ist ungebrochen.

Die CDU war angetreten, die Gewalt – insbesondere durch Jugendliche – zurückzudrängen. Sie ist gescheitert. Hier zeigt sich einmal mehr: Die soziale Spaltung unserer Stadt gefährdet die innere Sicherheit. Wer weniger Chancen hat, schlägt eher zu.

Wir werden deshalb u.a.

- mit Gewaltpräventionsarbeit in Kita und Grundschule beginnen;



- Anti-Gewalt-Trainings verbindlich frühzeitig durchführen;
- das Heim an der Feuerbergstraße schließen und eine milieuferne geschlossene Unterbringung für schwerkriminelle Minderjährige schaffen;
- dafür sorgen, dass die Strafe für eine Tat umgehend erfolgt, Jugendstrafverfahren verkürzt werden und ein effektives Fallmanagement z. B. mit einem „Haus des Jugendrechts“ mit allen beteiligten Stellen aus Justiz, Polizei, Schule und Jugendhilfe verbindlich gemacht wird.

Der zunehmende Einsatz von Waffen und Messern bei Gewaltdelikten ist nicht hinnehmbar. Die von uns Sozialdemokraten mit vorgeschlagenen Waffenverbotszonen können deshalb nur ein erster Schritt sein. Jede Waffe, die in Hamburg weniger im Umlauf ist und nicht in falsche

Hände geraten kann, ist ein Sicherheitsgewinn für unsere Stadt. Wir wollen

- eine umfassende, konsequente Entwaffnungsstrategie für unsere Stadt nach dem Vorbild anderer Städte umsetzen;
- das Waffenrecht durch Verkaufs- und Besitzrestriktionen für Hieb- und Stichwaffen, Gas- und Schreckschusswaffen weiter verschärfen;
- das Waffenverbot an Schulen und auf öffentlichen Veranstaltungen konsequent durchsetzen.

Einen entscheidenden Beitrag für unsere Sicherheit kann ein guter Strafvollzug leisten. Dies muss eine Abkehr von dem reinen Verwahrvollzug bedeuten. Langjährig Inhaftierte können nicht ohne jede Vorbereitung entlassen werden. Wiederengliederungsmaßnahmen sind auch für den Jugendstrafvollzug von besonderer Bedeutung. Wir werden eine Initiative für Opferschutz und gegen Rückfallkriminalität starten und dabei

- die unter dem CDU-Senat zerschlagenen Strukturen in der Sozialtherapie wieder ausbauen. Die Rückfallquote bei guter Sozialtherapie ist nur halb so groß wie im Regelvollzug;
- das von der CDU gegen jeden Expertenrat verabschiedete Strafvollzugsgesetz so überarbeiten, dass Gefangene besser auf ein straffreies Leben nach der Haftverbüßung vorbereitet werden. Für den Jugendstrafvollzug muss es ein gesondertes Gesetz geben.

Wirtschaftskriminalität entschlossen bekämpfen

Schattenwirtschaft, Schwarzarbeit, Steuerhinterziehung, Wirtschaftskriminalität, Korruption – das sind keine Kavaliersdelikte. Die Globalisierung hat auch vor der Kriminalität nicht haltgemacht; Polizei und Justiz müssen da Schritt halten. Wir werden unverzüglich ein Gesetz zur Bekämpfung von Wirtschaftskriminalität und Korruption auf den Weg bringen und das von der CDU abgeschaffte Korruptionsregister wieder einführen.

- Wir werden die in Hamburg rückläufige Abschöpfung kriminell erworbenen Vermögens aus dem Bereich der organisierten Wirtschaftskriminalität deutlich intensivieren und das erlangte Geld zum einen in die Arbeit unserer Sicherheitsbehörden, aber auch in eine neu zu gründende Hamburger Opferhilfe-Stiftung investieren, die die Opferhilfe in Hamburg weiter stärken und fortentwickeln soll.
- Insbesondere im Bereich der Bekämpfung der organisierten Wirtschaftskriminalität und der Korruption werden wir die Ausstattung und Aus- und Fortbildung der Strafverfolgungsbehörden und der Justiz verbessern.

Gegen Terrorismus und Extremismus – für die Verteidigung unserer Demokratie

Nicht nur die organisierte Kriminalität hat sich globalisiert – auch der Terrorismus. Hamburg steht hier in einer besonderen internationalen Verantwortung. Dabei

geht es nicht um immer neue, schärfere Gesetze – schließlich wollen wir die Freiheit nicht zu Tode schützen. Wir werden aber die geltenden Gesetze konsequent anwenden.

Hamburgs liberale Tradition wird dort verletzt, wo sich gewalttätiger politischer oder religiöser Extremismus breitmacht, wo Menschen und Sachen zu Schaden kommen. Wir erklären jeder Form des politischen und religiösen Extremismus eine klare Absage.

Seit 2003 hat es dramatische Zunahmen der Kriminalität am rechten Rand gegeben. Wir setzen daher auf ein Landesprogramm nach Berliner Vorbild – konzentrierte Aktionen von Politik und Verwaltung gegen Rechtsextremismus.

Mobilität und Klimaschutz in Hamburg.

Mobiles Hamburg

Gut ausgebaute Verkehrswege für Autos, Fahrräder und Fußgänger sowie ein leistungsfähiger öffentlicher Nahverkehr sind Voraussetzungen einer wirtschaftlich und ökologisch erfolgreichen Metropole. Hamburg wird auch künftig ein weiter wachsendes Verkehrsaufkommen zu bewältigen haben. Im Interesse der Menschen in der Metropole müssen die vom Verkehr ausgehenden Belastungen möglichst

gering gehalten werden. Angesichts des Klimawandels und der absehbar weiter steigenden Ölpreise ist eine bedenkenlose Förderung des motorisierten Verkehrs nicht mehr zeitgemäß. Wir werden den Umweltverbund – bestehend aus Radfahrern, Fußgängern und dem öffentlichen Nahverkehr – massiv stärken.

Wir wollen außerdem mit einer konsequenten Verkehrssicherheitsstrategie die Zahl der im Hamburger Straßenverkehr getöteten und schwer verletzten Menschen reduzieren.

Mobil mit Bus und Bahn

Der Öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) ist in einer Metropole mit hohem Verkehrsaufkommen eine sinnvolle und zugleich umweltfreundliche Alternative zum Autoverkehr. Neue und verbesserte ÖPNV-Bahnverbindungen sind angesichts der Klimaschutzdebatte aktueller denn je.

Wir werden

- die Planungen für ein Stadtbahn-Kernnetz wieder aufnehmen;



- dafür sorgen, dass auf der Strecke Hamburg – Ahrensburg – Bad Oldesloe eine S-Bahn nach dem üblichen Hamburger Standard ausgebaut wird;
- den Hamburger Hauptbahnhof modernisieren;
- zur Entlastung des stadteinwärts fließenden Verkehrs im Bereich der Schnellbahnhöfe weitere P+R-Plätze schaffen;
- die Einrichtung von Car-Sharing-Stationen im öffentlichen Verkehrsraum ermöglichen;
- die Bahnhöfe und alle sonstigen ÖPNV-Anlagen Schritt für Schritt behinderten, familien- und altengerecht ausbauen, d. h. barrierefrei gestalten.

Mobil mit Rad und zu Fuß

Das Fahrrad ist in Hamburg weiterhin ein Verkehrsmittel, das weit unter seinen Einsatzmöglichkeiten bleibt. Der derzeitige Anteil von etwas über 10 Prozent am gesamten Verkehrsaufkommen ist deutlich steigerungsfähig. Wir werden das Fahrradfahren durch hindernisfreie Strecken fördern. Für Fußgänger werden wir attraktive und sichere Wege vorhalten. Wir setzen uns für einen möglichst fließenden und reibungslosen Verkehr ein, wollen zugleich aber auch die Belastungen aus dem Autoverkehr, wie Lärm, Schadstoffe und Gefährdungen für schwächere Verkehrsteilnehmer und Anwohner, reduzieren.

Wir wollen

- den Radverkehrsanteil bis zum Jahr 2015 signifikant erhöhen;

- ein Radwegealltagsnetz einführen, mit dem Schwergewicht auf Streckenführungen abseits der Hauptverkehrsstraßen;
- zur weiteren Mobilitätssteigerung ein Fahrradmietsystem „Call a Bike“ einführen.

Mobil mit dem Auto – Belastungen reduzieren

Wir werden

- den Autobahndeckel in den Stadtteilen Bahrenfeld und Othmarschen realisieren;
- dem Bestandserhalt des vorhandenen Straßennetzes mehr Aufmerksamkeit widmen und verkehrsberuhigte Zonen weiter ausbauen;
- in den Stadtteilen zusätzlichen Parkraum schaffen, u. a. durch eine weitere finanzielle Förderung von Quartiersgaragen;
- für die Sicherheit aller Verkehrsteilnehmer das Netz der Tempo-30-Zonen weiter ausbauen und ein Tempolimit von 50 km/h auf allen innerstädtischen Straßen umsetzen. Die vom CDU-Senat vorgenommenen Tempoerhöhungen werden wir zurücknehmen.

Wirtschaftsverkehr gewährleisten

Die Verkehrspolitik ist gefordert, die Funktionsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts Hamburg überregional und lokal zu sichern. Das kann jedoch nicht durch einen immer weiter gehenden Ausbau von Straßen erfolgen, denn in einem

Ballungsraum wie Hamburg sind Straßenflächen nicht beliebig vermehrbar. Vielmehr ist es in Zukunft auch erforderlich, den Wirtschaftsverkehr selbst durch innovative Lösungen verstärkt auf umweltfreundlichere Verkehrsträger zu verlagern und den Ballungsraum durch zusätzliche überregionale Verkehrsverbindungen zu entlasten.

Wir werden deshalb

- die Hafenbahn ausbauen und modernisieren;
- verstärkt Güterverkehre auf Binnenschiffe verlagern;
- verstärkt auf den Bau der so genannten Y-Trasse zwischen Hannover, Bremen und Hamburg drängen;
- den dreigleisigen Ausbau der Bahnstrecke zwischen Stelle und Lüneburg und den durchgehenden zweigleisigen Ausbau der Strecke Uelzen bis Stendal fördern;
- neben der westlichen Elbquerung auch die Ostumgehung Hamburgs (A 21 mit östlicher Elbquerung) beim Bund vorantreiben, um den Durchgangsverkehr aus der Stadt herauszuhalten;
- uns dafür einsetzen, die A 21 im Bereich der Kreuzung mit der A 1 weiter fortzuführen und südlich der Elbe direkt an die A 7 heranzuführen;
- insbesondere die Realisierung der Hafenquerspange als Vorrangprojekt betreiben. Dabei hat eine Tunnel-Lösung im Bereich Wilhelmsburg Planungspriorität.

Stadtflughafen Hamburg Airport

Am Hamburger Flughafen und in den Betrieben der Luftverkehrsbranche entstehen neue Arbeitsplätze in einem zukunfts-trächtigen Markt. Wir überlassen die Entwicklung aber nicht allein dem Markt. Der Schutz der Umwelt und der Schutz berechtigter Anwohnerinteressen sind für uns ebenso wichtige Güter.

Wir werden wieder eine aktive Flughafenpolitik betreiben und Hamburg Airport nicht nur wirtschaftlich stärken, sondern zu einem Modell für einen umwelt- und stadtverträglichen Flughafen der Zukunft machen.

Dafür werden wir vor allem

- die Start- und Landeentgelte für Flugzeuge durch ein Umweltentgelt ersetzen, das neue Anreize für Emissions- und insbesondere für Lärminderungen setzt;
- die schleichende Aufweichung des Nachtflugverbots beenden;
- Vorsorge beim Lärmschutz für künftige Triebwerksprobeläufe des A380 und anderer großer Flugzeugmuster treffen;
- die norddeutsche Kooperation im Luftverkehr weiterentwickeln, um teure Doppelinvestitionen in Flughafenausbauten und -infrastruktur zu vermeiden;
- die Anwohnerparkzone im östlichen Flughafenumfeld auf alle Gebiete ausweiten, die durch das Fremdparken von Fluggästen belastet sind;
- die Fertigstellung der Flughafen-S-Bahn endlich abschließen.

Metropole im Klimawandel

Als blühende Wirtschaftsmetropole ist Hamburg mit jährlich 19 Mio. Tonnen CO₂-Emission Mitverursacher für den klimabedingten Anstieg des Meeresspiegels, aber auch potenzielles (Sturmflut-)Opfer des Klimawandels.

Es liegt im Eigeninteresse der Stadt, einen gewichtigen Beitrag zur Senkung der CO₂-Emissionen zu leisten. 40 Prozent ist das Ziel bis 2020 für die gesamte Bundesrepublik.

Hamburg hat sich zu einer Politik der nachhaltigen Entwicklung verpflichtet. Sie verbindet wirtschaftliches Wachstum mit Umwelt- und Klimaverträglichkeit und sozialer Gerechtigkeit. Sozialdemokratische Politik wird die drei Ziele gleichgewichtig berücksichtigen. Sie will die Lebens- und Umweltqualität nicht nur für einige wenige, sondern für alle, und nicht nur für heute, sondern auch für künftige Generationen erhalten und verbessern.

Energie, Innovation und Arbeit

Hauptansatzpunkt für mehr Klimaschutz ist neben der Verkehrs- die Energiepolitik. Nötig ist ein Mix aus Energieeinsparung sowie besserer Ausnutzung von Energie und Umstieg von fossilen auf erneuerbare Energien. Für eine Übergangszeit werden noch hocheffiziente und CO₂-arme fossile Kraftwerke erforderlich sein.

Das geplante Kohlekraftwerk in Moorburg droht jedoch mit einem Jahresausstoß von bis zu 8 Mio. Tonnen CO₂ alle Klima-

schutzziele Hamburgs für die Dauer der 40-jährigen Laufzeit unerreichbar zu machen. Mit einer Jahreskapazität von 1.640 MW ist es völlig überdimensioniert. Deshalb fordern wir eine Begrenzung der Kapazität auf die des abgängigen Heizkraftwerkes in Wedel sowie Gas- statt Kohlefeuerung. Gas ist doppelt so effizient wie Kohle und emittiert lediglich die Hälfte an CO₂.

Wir wollen auch in Hamburg die dezentrale Energieversorgung unter Ausnutzung von Kraftwärmekopplung und regenerativer Energie fördern und weiter ausbauen.

- Wir werden die Energieversorgung in Hamburg durch Förderung von Energiesparen, Energieeffizienz und Einsatz von erneuerbaren Energien schrittweise auf eine moderne klimafreundliche Basis umstellen. Die dezentrale Energieversorgung durch hocheffiziente Blockheizkraftwerke hat Vorrang.
- Wir werden unter Einbeziehung der Konzessionsverträge für das Hamburger Gas-, Fernwärme- und Stromleitungsnetz die Gründung eines kommunalen Stadtwerkes betreiben.
- Wir werden die Wind- und Solarbranche zu einer Leitindustrie für Hamburg ausbauen und für eine Vernetzung der Grundlagen- und Anwendungsforschung untereinander und mit den Unternehmen sorgen.
- Wir werden in lokaler Umsetzung der nationalen Klimaschutzziele mit einem

Hamburger „Masterplan Klimaschutz“ bis 2020 den CO₂-Ausstoß der Stadt um 40 Prozent gegenüber 1990 senken.

- Wir werden Standards für den energetischen Verbrauch von Neubauten verbindlich festlegen und durchsetzen.

Masterplan Klimaschutz

Wir werden einen Masterplan Klimaschutz auflegen, damit Hamburg nicht nur mit Einzelprojekten in den Medien glänzt, sondern zu spürbaren Fortschritten im Klimaschutz kommt:

- Förderung der Wärmedämmung in 700.000 Altbauten.
- Repowering von Windkraftanlagen und Vermietung von Dachflächen für Solaranlagen (11 Mio. m²).
- Förderung von Energieeffizienz in öffentlichen Gebäuden.
- Durchführung einer Einspar- und Effizienzkampagne für Verbraucher.
- Bindung von öffentlichen Bauvergaben an Energieeffizienz-Kriterien.
- Gründung eines Effizienzfonds aus Einspargewinnen.
- Einrichtung einer zentralen Energieagentur mit Bezirks-Beratungsstellen.
- Vernetzung von wissenschaftlich-technischen Instituten mit Klimaforschung.
- Förderung des Umstiegs privater PKW-Nutzer auf den öffentlichen Personennahverkehr u. a. durch familienfreundlich übertragbare Klima-Tickets.
- Umrüstung des öffentlichen Fuhrparks auf klimafreundliche Fahrzeuge.

Wir werden mit den Klima-, Umwelt-, Natur- und Verbraucherschutzverbänden und der Wirtschaft eine „Neue Klimaallianz für Hamburg“ bilden und weitere geeignete Maßnahmen für den Klimaschutz entwickeln und begleiten.

Kraftvoll in einer Hand: neue Umwelt- und Klimaschutzbehörde

Der CDU-Senat hat die eigenständige Umweltbehörde aufgelöst und in die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt eingegliedert. Dadurch ist die Umweltpolitik erheblich geschwächt worden.

- Wir werden wieder eine eigenständige Behörde für Umwelt, Energie und Klimaschutz einrichten.
- Wir werden dafür sorgen, dass Senatsentscheidungen künftig auf ihre Auswirkungen für Klima und Umwelt geprüft werden (Klima- und Umweltcheck).

Hamburg – urban mit gutem Klima, grün und lebenswert

Hamburgs Grüngelände sind Natur- und Erholungsraum innerhalb der Stadt und erfreuen sich großer Beliebtheit. Wir wollen Hamburgs Parks und Grünanlagen mit ihren schönen Baumbeständen sowie unsere Natur- und Landschaftsschutzgebiete weiterentwickeln und ausbauen. Sie sind Hamburgs natürlicher Schatz.

- Wir werden den Baumbestand in Grünanlagen und an Straßen vergrößern. Wir

werden Fällungen durch Ersatzpflanzungen zeit- und ortsnahe ersetzen.

- Wir werden die Natur- und Landschaftsschutzgebiete sowie Biotopverbunde weiterentwickeln und ausbauen.
- Wir werden dafür sorgen, dass Kleingärten Bestandteil der „grünen Lunge“ Hamburgs bleiben und nicht an den Stadtrand oder ins Umland verdrängt werden.

Boden- und Grundwassernutzung mit Augenmaß

In einem so dicht besiedelten Stadtstaat wie Hamburg mit seinen engen Staatsgrenzen ist die Nutzungskonkurrenz zwischen Siedlungs-, Wirtschafts-, Verkehrs-, Grün- und Erholungsflächen besonders hoch. Ein gesunder, sauberer Boden schützt auch das Grundwasser, unser wichtigstes Lebensmittel.

- Wir werden den Flächenverbrauch mittelfristig deutlich senken, die Flächenproduktivität erhöhen und vorrangig aufbereitete Altflächen anstatt Grün- und Freiflächen bebauen.
- Wir werden ein neues Programm zur Bodenentsiegelung starten.

Flüsse, Seen und die Stadt

Elbe, Alster, Kanäle und Seen prägen das Stadtbild und sind gern genutzte Naherholungs- und Freizeitsportgebiete. Die verschiedenen Nutzungen müssen da ihre Grenzen finden, wo Natur nachhaltig gestört wird.

Flüsse und Bäche sollen im Sinne der Europäischen Wasserrechtsrahmen-Richtlinie wieder durchgängig gemacht und die Wasserqualität entsprechend verbessert werden. Dafür werden wir durch den naturnahen Rückbau der Wasserläufe und Uferbereiche sorgen, so dass Fauna und Flora wieder ihren ursprünglichen Lebensraum finden.

Die Elbe ist Schifffahrtsweg und Naturraum. Wir werden die sich daraus ergebenden Nutzungskonflikte in fairer Abwägung zwischen ökonomischer Notwendigkeit und ökologischer Verträglichkeit lösen.

Schutz vor Lärm

Straßen- und Flugzeugverkehr sowie die Güterumgebungsbahn sind die größten Lärmquellen in Hamburg. 7 Prozent der Hamburgerinnen und Hamburger wohnen an Straßen mit gesundheitsschädigenden Dauerschallpegeln von mehr als 65 Dezibel. Wir werden den Lärmschutz verbessern, um die Lärmbelästigung der Menschen zu verringern. Wir werden ein städtisches Lärminderungsprogramm auf den Weg bringen.

Verbraucherpolitik und sichere Lebensmittel

Mit einer fortschrittlichen Verbraucherpolitik wollen wir gewährleisten, dass Verbraucherinnen und Verbraucher sich auf ehrliche, sichere und gesunde Angebote verlassen können. Wir brauchen mehr Transparenz und Aufklärung.

- Wir werden das hohe Niveau von Aufklärung und unabhängiger Beratung der Hamburger Verbraucherzentrale weiter fördern.
- Verbraucherinnen und Verbraucher haben ein Recht auf gesunde Lebensmittel. Wir werden dafür sorgen, dass Lebensmittelkontrollen in Hamburg verstärkt und effektiver durchgeführt werden.
- Wer gesundheitsgefährdende und verdorbene Waren in Umlauf bringt, muss neben der Namensveröffentlichung mit harten Strafen und Zulassungsverboten rechnen. Hier werden wir alle Möglichkeiten des Verbraucherinformationsgesetzes nutzen.

Moderne Gesundheitsversorgung

Medizinische Behandlung muss für alle Bürgerinnen und Bürger gleich gut sein. Wissenschaftliche Untersuchungen zeigen aber, dass Armut krank macht. Die Lebenserwartung sozial schwacher Menschen ist signifikant niedriger. Die aktive Teilhabe am Gesundheitswesen ist gerade für Menschen aus einkommensschwachen und bildungsfernen Milieus nur unzureichend gegeben. Wir müssen alle gesundheitlichen Projekte daraufhin untersuchen, ob sie diese Personengruppen erreichen.

Die Privatisierung der städtischen Krankenhäuser gegen den Willen der Ham-

burger hat die Vermarktung der Interessen im Gesundheitswesen unserer Stadt verschärft. Einsparungen werden nicht durch Effizienzsteigerung, sondern auf Kosten der Beschäftigten und zu Lasten von Qualität erzielt. Die Finanzierung über die sog. Fallkostenpauschalen darf nicht dazu führen, dass bei Kassenpatienten der Aufwand auf ein absolut notwendiges Minimum begrenzt wird.

- Die medizinische Versorgung muss in gleicher Qualität für alle gewährleistet sein.
- Es ist eine Aufgabe der Stadt, die Einhaltung der gesetzlichen Qualitätsstandards zu sichern. Deshalb wird die SPD die letzten 25,1 Prozent am LBK nicht verkaufen.
- Wir werden eine Beschwerde- und Beratungsstelle für Gesundheitseinrichtungen einrichten.
- Auch in der ambulanten medizinischen Versorgung entwickeln sich die Stadtteile auseinander. Der Versorgungsauftrag der Kammern gilt zwar für ganz Hamburg als Einheit, nicht jedoch für einzelne Stadtteile. Um Fehlentwicklungen entgegnetreten zu können, wird die Stadt regelmäßig einen Gesundheitsbericht erstellen, aus dem die Versorgung der einzelnen Stadtteile mit Ärzten und Psychotherapeuten hervorgeht.

Prävention

Wir wollen, dass für alle Bürgerinnen und Bürger in Hamburg die Prävention in der

Gesundheitsversorgung weiter verbessert wird.

- Als wichtige Pfeiler der Vorsorge wollen wir die kommunalen Präventionsprojekte im geplanten Präventionsgesetz ausbauen. Insbesondere durch Sportangebote in Schulen und Vereinen, durch einen guten schulärztlichen Dienst in Verbindung mit Gesundheitserziehung und Ernährungslehre an Schulen und Volkshochschulen wollen wir sozial benachteiligte und bildungsferne Gruppen ausreichend in die Prävention einbinden.
- Wir werden darauf drängen, dass die Krankenkassen ihren gesetzlich vorgeschriebenen Anteil für Präventionsprojekte zahlen (z. B. für die Hamburger Arbeitsgemeinschaft für Gesundheitsförderung [HAG] und die Förderung von Selbsthilfegruppen).

Drogen und Sucht

Vor allem Kinder und Jugendliche müssen vor legalen Suchtstoffen wie Alkohol und Tabak geschützt werden. Wir fordern auch ein Rauch- und Alkoholkonsumverbot auf Spielplätzen. In den Bussen und Bahnen soll das Trinken von Alkohol verboten werden.

Wir wollen die Weiterführung des Forschungsprojekts „Heroinvergabe“ an Schwerstabhängige entsprechend der Bundesratsinitiative einiger Bundesländer mit dem Ziel unterstützen, Diamorphin als Arzneimittel in klar geregelter Rahmen zuzulassen.

Im Mittelpunkt der Drogenpolitik stehen die Drogenabhängigen. Aber auch der Sorgen und Nöte der Angehörigen, vor allem der Kinder von Abhängigen, müssen wir uns verstärkt annehmen. Drogenabhängigkeit ist neben anderen psychischen Erkrankungen ein schwerwiegender Risikofaktor für Vernachlässigung und Misshandlung von Kindern. Wir wollen daher ein Netzwerk zur Hilfe von Kindern drogenabhängiger Eltern begründen. Das Therapieangebot in den Vollzugsanstalten muss ausgebaut werden.

AIDS

AIDS bleibt weiterhin eine ernsthafte Bedrohung. Die Erstdiagnosen sind in Hamburg erheblich – von 2001 bis 2006 um 124 Prozent – gestiegen. Wir wollen Präventions- und Aufklärungsprojekte stärken und dabei insbesondere die Schulen einbeziehen.

Das Angebot an niedrigschwelligen, kostenlosen und anonymen HIV-Tests werden wir erhalten und stärken.

Forschung

Am Universitätsklinikum Eppendorf, an den großen Krankenhäusern und in außeruniversitären Instituten ist herausragende medizinische Forschung in Hamburg etabliert. Die Verzahnung zwischen den großen Instituten, den Universitäten, den Hamburger Kliniken und der Industrie muss gefördert werden, um in Zukunft mit Konzepten aus diesem Bereich erfolgreicher bei Spitzenforschungswettbewerben zu sein.

Gesundheitsmarkt ausbauen – Wirtschaftskraft stärken

Die Gesundheitswirtschaft in ihrer vielfältigen Ausprägung ist weltweit eine der wichtigsten Wachstumsbranchen der kommenden Jahre. Gerade in Deutschland bietet der Gesundheitssektor durch die ansteigende Lebenserwartung und das wachsende Gesundheitsbewusstsein Chancen für Fortschritt, Wachstum und Beschäftigung.

Schon heute zählt Hamburg zu den wichtigsten Metropolen der europäischen Gesundheitswirtschaft. Rund 100.000 Mitarbeiter arbeiten in den Medizinfirmen und in den Krankenhäusern der Stadt. Wir wollen die Zahl der Beschäftigten in den nächsten Jahren erheblich steigern.

- Wir wollen einen Cluster Gesundheitswirtschaft in Hamburg etablieren. Dazu werden wir die Kräfte der Wissenschaft, Medizintechnik, Biotechnologie, Krankenversorgung, der Unternehmen und Verbände bündeln.
- Bestehende Strukturen wie der Kompetenz-Cluster Life Science sowie die von Schleswig-Holstein und Hamburg in diesem Bereich gemeinsam betriebene Agentur NORGENTA werden gestärkt und dort einbezogen.
- Einrichtungen der Grundlagenforschung wie DESY oder der Bereich Nanotechnologie werden einbezogen.
- Die Koordination übernimmt eine zu schaffende Senatsstelle für Gesundheitswirtschaft.

Gemeinsam für Hamburg.

Gemeinsam stark: Hamburg und seine Senioren

Mehr als 450.000 Frauen und Männer der Hamburger Bevölkerung haben das 60. Lebensjahr erreicht oder überschritten. Auch nach dem Berufsleben nimmt ein großer Teil der Älteren aktiv – häufig ehrenamtlich – am Leben unserer Stadt teil, mit zahllosen freiwilligen Aufgaben und Hilfeleistungen, in Familien und Vereinen, im kulturellen Leben. Dies ist eine Chance für unsere Stadt.

Wir Sozialdemokraten wollen, dass ältere Bürgerinnen und Bürger stärker als bisher am Leben ihres Stadtteils beteiligt werden. Wichtig sind uns barrierefreie und sichere Bewegungsmöglichkeiten in den Stadtteilen. Die Erreichbarkeit von Wohnungen, das sichere Leben und freies Bewegen in Wohnungen müssen gewährleistet sein.

- Wir werden deshalb Wohnformen fördern, in denen sich Bewohner gegenseitig beistehen können, innerhalb der Generation oder zwischen den Generationen.
- Unter der Leitung eines Senatsbeauftragten für Bürgerschaftliches Engage-

ment werden wir bezirkliche Senioren-Service-Center einrichten, die die Vernetzung und Vermittlung von aktiven Senioren organisieren.

Menschenwürdige Hilfe, Betreuung und Pflege besser organisieren

Menschen, die ein Leben lang für sich, ihre Familien und für unsere Gesellschaft da gewesen sind, haben ein Recht auf Würde und Unterstützung, wenn sie in der letzten Lebensphase auf Hilfe angewiesen sind.

- Wir wollen den Wunsch nach möglichst langem, selbstbestimmtem Leben in der eigenen Wohnung durch Koordination und Angebote verschiedener Hilfsdienste unterstützen.
- Wir werden die quartiersnahen Sozialstationen, die Pflege und andere Hilfsdienste anbieten oder vermitteln, an die neuen Anforderungen anpassen.
- Die Einhaltung von Qualitätsstandards und gesetzlichen Vorschriften wie die



Fachkraftquote soll weiterhin überprüft werden. Wir werden hamburgweit einen „Pflege-TÜV“ einrichten, der in einer jährlichen Veröffentlichung über die Situation in den einzelnen Heimen berichtet.

- Wir werden das Heimgesetz zu einem modernen Verbraucherschutzgesetz ausbauen und uns für Pflege in guter Qualität einsetzen und die Heim- und Pflegeaufsicht der Bezirke ausbauen.
- Wir werden in den Stadtteilen Pflege-Stützpunkte einrichten, in denen Betroffene und Angehörige unabhängig und kompetent beraten werden.
- Wir werden mit den Kranken- und Pflegekassen, der Kassenärztlichen Vereinigung Hamburg (KVH) unter Beteiligung des Landespflegeausschusses Hamburg in Verhandlungen treten mit dem Ziel, jedes stationäre Hamburger Pflegeheim mit einer Heimärztin oder einem Heimarzt auszustatten. Das Recht auf freie Arztwahl bleibt erhalten.

Nach Jahrzehnten der Zuwanderung nach Deutschland entstehen auch neue Herausforderungen in der Pflege von älteren Menschen, die noch ihre Kindheit in anderen Kulturräumen verbrachten. Für sie ist es besonders schwer, das Gesundheits- und Pflegesystem zu verstehen.

- Wir wollen deshalb ein spezielles Informationsangebot für ältere Migrantinnen und Migranten in Hamburg schaffen.

Kultur und Bildung ohne Altersgrenze

Um mit den raschen Veränderungen im täglichen gesellschaftlichen und kulturellen Leben Schritt zu halten, bedarf es immer neuer Informationen.

Wir wollen die ältere Generation an Bildung und Kultur der Stadt breiter beteiligen. Dazu gehört auch der Zugang zur quartiersnahen Bücherhalle und Volkshochschule. Soziale Unterschiede dürfen niemanden ausschließen. Nachmittagsvorstellungen der Hamburger Theater und der Oper sollten ausgebaut werden.

- Wir werden die Seniorentreffs der Stadt nach Bedürfnissen der heutigen Generation älterer Menschen weiterentwickeln.

Diskriminierungen in allen gesellschaftlichen Bereichen beseitigen

Zu einer menschlichen Gesellschaft gehört ein Leben in sozialer Gerechtigkeit ohne Diskriminierungen auf Grund von Behinderung, Alter, sexueller Identität oder Zugehörigkeit zu einem Geschlecht, einer ethnischen Gruppe oder einer weltanschaulichen Richtung. Auf dem Weg zu diesem Ziel ist zwar vieles erreicht, es bleibt aber einiges zu tun, um eine wirkliche Gleichstellung aller Geschlechter zu erreichen und Diskriminierungen zu beseitigen.

Gleichberechtigung von Männern und Frauen verwirklichen

In Hamburg hat unter den von der CDU geführten Regierungen eine Förderung

der Verwirklichung der Gleichberechtigung von Männern und Frauen nicht mehr stattgefunden. Die finanziellen Mittel für Frauenprojekte, Beratungs- und Hilfsangebote für Frauen wie die Hamburger Frauenhäuser, Frauenbeschäftigungsträger, Frauenbildungszentren und Frauenforschung sind seit 2002 rigide zusammengestrichen worden. 2003 ist die Schließung des Senatsamtes für Gleichstellung verkündet worden. Zu wirksamer Förderung der Geschlechtergleichstellung werden wir in Hamburg ein zentrales Amt für Gleichstellung schaffen.

Das Potenzial der gut ausgebildeten Frauen sollte offensiver als bisher genutzt werden, um die Innovationskraft Hamburgs zu stärken.

Einige frauenspezifische Problemlagen haben sich verschärft: Frauen – vor allem Alleinerziehende mit einem oder mehreren Kindern – sind besonders armutsgefährdet. Sie haben trotz anziehender Konjunktur große Schwierigkeiten, in den Arbeitsmarkt zurückzukehren. Für sie wirkt sich oft die Einseitigkeit der Hamburger Arbeitsmarktpolitik und der weitgehende Abbau von Qualifizierungsmaßnahmen verheerend aus. Wir werden diese Politik korrigieren.

Mit den so genannten „Ehrenmorden“ und der Zwangsverheiratung überwiegend junger Frauen aus Migrantenfamilien hat die Gewalt gegen Frauen Ausprägungen bekommen, die nicht mehr

hinzunehmen sind. Gewalt drückt sich auch im Phänomen des zunehmenden Stalking, d. h. der gezielten Belästigung und Bedrohung durch Verfolgung und Eindringen ins Lebensumfeld, aus. Hier werden wir den Schutz der Betroffenen ausweiten.

In unserer Stadt findet in erheblichem Ausmaß Frauenhandel und Zwangsprostitution statt. Das können wir in einer menschlichen Gesellschaft nicht hinnehmen. Wir werden mit verstärkten polizeilichen Maßnahmen diese Entwicklung eindämmen und beenden.

Gender Mainstreaming und Gender Budgeting aktiv betreiben

Wir machen mit der Verwirklichung der Geschlechtergleichstellung ernst und führen deshalb die Prinzipien des Gender Mainstreaming und des Gender Budgeting ein. Bei Maßnahmen und Tätigkeiten müssen die Auswirkungen auf die Situation von Frauen und Männern aktiv berücksichtigt werden (Gender Mainstreaming), und es ist für eine geschlechtergerechte Verteilung finanzieller Ressourcen (Gender Budgeting) zu sorgen.

Umsetzung des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes

Wir Sozialdemokraten in Hamburg werden auf Landesebene zudem eine allgemeine Antidiskriminierungsstelle einrichten, um die Umsetzung des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes zu fördern.

Gleichstellung von Lesben und Schwulen

Hamburg ist eine Stadt der Vielfalt. Wir erkennen die unterschiedlichen Lebensweisen und -formen nicht nur an, sondern sehen sie als Bereicherung für die Stadt. Wir wenden uns gegen jede Form der sozialen und beruflichen Diskriminierung aufgrund sexueller Identität. Wir werden die von der SPD in Hamburg begonnene Förderung der Schwulen- und Lesbenarbeit fortsetzen und ausbauen.

Wir werden uns für die volle Gleichstellung von gleichgeschlechtlichen Lebenspartnerschaften einsetzen. Dies gilt insbesondere für die Bereiche Lebenspartnerschaft und Adoptionsrecht.

Menschen mit Behinderungen gehören in die Mitte der Gesellschaft

Für die rund 260.000 Menschen mit Behinderungen in Hamburg wollen wir das Teilnehmen und Teilhaben am Leben unserer Stadt verbessern. Die Zusammenarbeit mit den Trägern, die schon heute gute Hilfe anbieten, werden wir verbessern.

Heute noch bestehende bauliche Barrieren z. B. in Schnellbahnhaltestellen, in öffentlichen Gebäuden und auf Wegen und Plätzen werden wir abbauen, die frühkindliche Förderung behinderter Kinder ausbauen und die bisher nur in Förderschulen gebotene besondere Unterstützung auch in Regelschulen anbieten. Durch eine Hamburger Offensive für Beschäftigung und Qualifikation wollen wir die Integration von Menschen mit

Behinderungen in den Arbeitsmarkt verbessern und Betriebe von Kosten der Integration entlasten sowie ein Modellprojekt staatlicher Lohnzuschüsse starten. Wir Sozialdemokraten treten ein für die weitere Umwandlung stationärer in ambulante Angebote, unter Berücksichtigung der Interessen und Möglichkeiten der Menschen mit Behinderungen.

Kulturmetropole Hamburg – Kultur schafft Lebensqualität

Hamburg übt als attraktive Kulturmetropole seit vielen Jahren eine starke Anziehungskraft auf Kulturschaffende, Besucher und Bewohner aus.

Hamburg hat eine hervorragende und lebendige Kulturszene. Das vielfältige Angebot von Musiktheatern, Orchestern, Schauspielbühnen, Museen, Bücherhallen und Stadtteil-Kulturzentren schafft für Bürgerinnen und Bürger Identität und Lebensqualität. Kreative und kluge Köpfe sollen in Hamburg gefördert werden. Wir wollen die Arbeit der Kulturschaffenden unterstützen und die Zukunftsfähigkeit der Kulturinstitutionen sichern.

Alle Bürgerinnen und Bürger sollen sich ohne soziale Schranken am kulturellen Leben der Stadt beteiligen können. Zu regelmäßigen Terminen wollen wir deshalb die Museen der Stadt zu freiem Eintritt oder sehr geringem Preis öffnen. Auch Theater und Musik sollen den Zutritt in sozialer Verantwortung gestalten.

Museen

Hamburgs hervorragender Ruf als Kulturmetropole ist auch in der vielfältigen und anspruchsvollen Museumslandschaft unserer Stadt begründet. Die zu einem großen Teil mit Steuermitteln finanzierten Museen brauchen eine wirtschaftlich solide Basis. Darum werden wir die Museen finanziell so ausstatten, dass ihr kultureller Reichtum für die Stadt und die nachfolgenden Generationen erhalten bleibt und die Nutzung dieses Reichtums so zukunftssicher wie derzeit möglich organisiert werden kann. Die offenkundigen Versuche der CDU, die Museumsleitungen zu entmachten und die Freundes- und Unterstützerkreise zu marginalisieren, lehnen wir ab. Wir wollen die eigenständigen Museumsstiftungen in ihrer jetzigen Form erhalten und profilieren. In Hamburg sind die einzelnen Häuser durch bürgerschaftliches Engagement entstanden. Die individuelle Geschichte jedes Museums muss erhalten bleiben.

Staatstheater und Privattheater fördern

Die Opern- und Theaterlandschaft in Hamburg ist vielseitig und lebendig. Die drei Hamburger Staatstheater und Kampnagel genießen bundesweit und international einen großartigen Ruf und gelten als attraktive Publikumsmagnete. Um den Theatern die für ihre erfolgreiche Arbeit nötige Planungssicherheit zu geben, werden wir den Zuwendungen einen stabilen, mehrjährigen Finanzierungszeitraum zugrunde legen.

Darüber hinaus gibt es hervorragende Privattheater. Damit das so bleibt, wollen wir die institutionelle Förderung der Privattheater und parallel dazu die Förderung einzelner Projekte und neuer Initiativen aus dem dafür eingerichteten Förderfonds erhöhen. Die Entscheidungen der Jury über die Vergabe der Mittel müssen frei, transparent und nachvollziehbar sein.

Elbphilharmonie und musische Erziehung fördern

Die Elbphilharmonie wird als attraktiver Spielort das Hamburger Musikleben bereichern. Ein fantasievolles Gebäude allein aber macht es nicht: Es kommt auf das Musikangebot und die Gewinnung neuer Zuhörer an.

Die Realisierung der Elbphilharmonie muss einhergehen mit einem besonderen Programm für die musische Erziehung und Bildung von Kindern und Jugendlichen in den Kindertagesstätten, in den Schulen und in der Jugendmusikschule. Das Klingende Museum wird in der Elbphilharmonie einen attraktiven Standort erhalten. Zur Finanzierung dieses Projektes müssen auch zukünftig Spender und Sponsoren gefunden werden. Die denkmalgeschützte Laeiszhalle wird gleichwertiger Partner im Spielbetrieb sein.

Die Hamburg-Triennale 2009 – das Kulturfest der Bürgerinnen und Bürger

Die Hamburg-Triennale soll sich als ein kulturelles Fest etablieren, das sparten-

übergreifend die großen Potenziale der Hamburger Kulturinstitutionen zum Funkeln bringt. Das werden wir durch öffentliche Mittel gewährleisten. Internationale Gäste runden das Programm ab. Ungeöhnliche Orte der Stadt werden zu Bühnen.

Bildende Kunst

Die Hamburger Kunsthalle, die Galerie der Gegenwart, das Museum für Kunst und Gewerbe und die Deichtorhallen mit dem Haus der Fotografie sind hervorragende Orte der Sammlung und Darstellung bildender Kunst. Wir werden ihre Unabhängigkeit schützen und ihr Wachstum fördern. Auch die Förderung und Wertschätzung von Künstlern durch die Unterstützung von Kunsthaus, Kunstverein, Ateliers für die Kunst und der Vielzahl unserer Galerien gehört zu unserem Programm.

Lesekultur in Bücherhallen und im Literaturhaus

Hamburg ist seit Jahrhunderten eine Stadt der Literatur und des Literaturhandels. Inzwischen ist hier die größte deutsche Bücherhalle mit Zentralbibliothek und Bücherhallennetz entstanden. Das Hamburger Literaturhaus war und ist beispielgebend. Die Förderung von Lesekultur und Literatur hat bei uns höchste Priorität.

Erinnerungskultur

Aus der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft und dem Holocaust erwächst



Deutschland eine besondere historische Verpflichtung, Hamburg hat sich dazu bekannt und eine besondere Kultur der Erinnerung gepflegt – zahlreiche Orte und Denkmäler, Ausstellungen und Publikationen, die zeitgeschichtliche Forschung in der Stadt zeigen dies. Wir wollen diese Erinnerungskultur stärken, damit sich Unrecht nicht wiederholt und die Fundamente der Demokratie stabil bleiben.

Das Hamburger Stadtbild – Denkmalpflege und Baukultur

Denkmalpflege ist ein wesentliches Instrument zur Sicherung des kulturellen Erbes der Stadt und zum Schutz des markanten Hamburger Stadtbildes. Die prägende Bausubstanz und ihr ausgewogenes Verhältnis zu Wasser-, Grün- und Freiflächen gilt es zu erhalten. Hamburg verfügt über eine große Anzahl von historisch bedeutsamen Parks und Grünanlagen und wirbt mit dem Begriff „Grüne Metropole“. Parks und Grünanlagen sind wesentliche Bestandteile unseres Kulturgutes und

bedürfen einer nachhaltigen Pflege und Weiterentwicklung.

Die jüngste Vergangenheit hat gezeigt, dass der CDU-Senat das zurzeit gültige Denkmalschutzgesetz ganz nach Belieben anwendet und damit den Erhalt wichtiger Baudenkmäler gefährdet. Um schutzwürdige Gebäude oder Ensembles in Zukunft sicher zu schützen, bedarf es einer klaren Linie. Wir werden das „ipsa-lege“-Prinzip einführen, mit dem denkmalwürdige Objekte durch Veröffentlichung einer nachrichtlichen Denkmalliste per Gesetzeskraft geschützt werden.

Planetarium

Das markante Gebäude Fritz Schumachers ist für viele Erwachsene und Kinder das Symbol für den Blick in die Sterne, der im Planetarium ermöglicht wird. Dieses



Denkmal ist aber auch identitätsstiftend für den Stadtteil und den Stadtpark. Wir wollen uns für die Erhaltung und Förderung des Planetariums an diesem Ort einsetzen.

Zukunftsaufgaben solide und gerecht finanzieren

Angesichts der wachsenden sozialen Ungleichheit und der zu lösenden Zukunftsprobleme ist eine auf sozialen Ausgleich und wichtige Zukunftsinvestitionen ausgerichtete Steuer-, Finanz- und Haushaltspolitik erforderlich. Wir werden die in den letzten Jahren betriebene einseitige Spar- und Ausgabenpolitik deshalb korrigieren.

- Wir Sozialdemokraten wollen die Finanzierung der Zukunftsaufgaben in den Bereichen Bildung, Arbeit, soziale Gerechtigkeit und wirtschaftliche Infrastruktur deshalb vor allem durch Haushaltsumschichtungen sichern und verbessern.
- Wir Sozialdemokraten wollen einen ausgeglichenen Haushalt ohne weitere Vermögensverkäufe. Dieses Ziel lässt sich erreichen, wenn die Einnahmen stabilisiert und die Ausgaben begrenzt und konsequent auf politische Schwerpunkte konzentriert werden.

In den nächsten Jahren werden viele Mitarbeiter aus dem Hamburger öffentlichen Dienst ausscheiden. Deshalb werden die Pensionsaufwendungen kontinuierlich ansteigen. In der Eröffnungsbilanz der Stadt sind 18 Mrd. Euro als Rück-

stellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen gebucht. Auch wenn sich die finanzielle Lage Hamburgs durch die höheren Steuereinnahmen und die Konjunktur verbessert hat, muss dennoch auch in Zukunft sehr sparsam gewirtschaftet werden.

Ein handlungsfähiger Staat braucht Steuergerechtigkeit

Ein handlungsfähiger Staat benötigt solide Einnahmen, die von allen Bürgern nach ihrer Leistungsfähigkeit erbracht werden. Die Vermögens- und Einkommensverhältnisse haben sich in Deutschland auch durch steuerpolitische Entscheidungen dramatisch verschoben. Umso wichtiger ist es heute, dass Vermögen und Erbschaften angemessen besteuert werden. Es ist unverantwortlich und ungerecht

gegenüber den vielen ehrlichen Steuerzahlern, wenn in Hamburg große Vermögen und Einkommen nur selten einer Steuerprüfung unterzogen werden. Steuerhinterziehung und Steuerverweigerung sind keine Kavaliersdelikte und produzieren leere Kassen zu Lasten der Allgemeinheit.

- Wir Sozialdemokraten wollen uns im Bund für eine Steuerpolitik einsetzen, die dem öffentlichen Haushalt stabile Einnahmen sichert, die Lasten gerecht verteilt und zur Steuervereinfachung beiträgt.
- Wir Sozialdemokraten stehen für Steuergerechtigkeit und werden deshalb die Finanzverwaltung auch um Steuer- und Betriebsprüfer verstärken, um Steuerrückstände und große Vermögen besser zu erfassen.
- Wir Sozialdemokraten wollen gemeinsam mit anderen Bundesländern eine Bundesinitiative für eine reformierte Vermögensteuer starten, um eine gerechtere Finanzierung öffentlicher Aufgaben zu erreichen.



Öffentliche Daseinsvorsorge sichern und Privatisierung stoppen

Städtisches Vermögen, stadteigene Unternehmen, öffentliches Eigentum an Gebäuden und Grundstücken dienen der Daseins- und Risikovorsorge für die Menschen in unserer Stadt: Das beginnt bei der Krankenhausversorgung und reicht über die Wasserversorgung, bezahl-

bare Wohnungen, öffentlichen Nahverkehr bis hin zur Entwicklung des Hafens. All dies ist auch wichtig als stabiler Faktor in der regionalen Wirtschaft.

Der CDU-Senat hat durch die Privatisierungen wichtiger öffentlicher Unternehmen und der öffentlichen Infrastruktur den Bürgerinnen und Bürgern Hamburgs die Entscheidung und den Einfluss auf die Zukunft der öffentlichen Daseinsvorsorge in undemokratischer Weise entzogen.

Die Beispiele bisheriger Privatisierungen – angefangen bei den Krankenhäusern über den Verkauf der Alten- und Pflegeheime und den Teilverkauf der HHLA bis hin zu den Planungen, die Hochbahn zu verkaufen – zeigen deutlich, dass ein Verkaufsstopp dringend notwendig ist. Das städtische Vermögen, das Generationen geschaffen haben, darf nicht binnen einer Generation verzehrt werden.

- Wir Sozialdemokraten wollen das Vermögen an wichtiger städtischer Infrastruktur erhalten und werden daher den Verkauf des städtischen Vermögens stoppen.
- Die Hamburger Wasserwerke und die Stadtentwässerung, die Stadtreinigung, das Wohnungsunternehmen SAGA/GWG, die Hamburger Hochbahn, die Schul- und Universitätsgebäude, der Rest der HHLA und des Flughafens bleiben in öffentlicher Hand. Wir werden die öffentlichen Unternehmen und die Verwaltung weiter modernisieren und zukunftsfähig machen.

Der Generationswechsel in der Hamburger Verwaltung ist auch eine Chance für die Weiterentwicklung des öffentlichen Dienstes. Wir Sozialdemokraten stehen dafür, dass wichtige staatliche Leistungen und Angebote für alle nutzbar und bezahlbar sind. Wir wollen gut ausgebildete und zufriedene Mitarbeiter, die die Herausforderungen einer Verwaltung im 21. Jahrhundert in einer internationalen Stadt bewältigen können. Und wir wollen, dass es gerecht zugeht, wenn die öffentliche Verwaltung Aufträge vergibt und Leistungen einkauft.

- Wir Sozialdemokraten werden durch ständige Qualifizierung der Beschäftigten und regelmäßige Kontrollen der Servicequalität den öffentlichen Dienst weiter verbessern und bürgernäher machen.
- Wir fordern eine bessere partnerschaftliche Zusammenarbeit von Verwaltung und engagierten Bürgern, Nachbarschaften, Vereinen und Organisationen bei der Bewältigung von Problemen und bei der Gestaltung unserer Stadtteile.

Die moderne Bürgergesellschaft

Hamburg ist traditionell die Stadt des gemeinnützigen, bürgerschaftlichen Engagements. Nachbarschaftshilfe, karitative Arbeit, freiwilliges Engagement in Vereinen, Bürgerinitiativen, Parteien, Gewerkschaften und Religionsgemein-



schaften und das Wirken von Stiftern und Mäzenen bereichern Hamburg und machen es lebenswert. Mit mehr als 1.200 Stiftungen übernehmen unsere Bürgerinnen und Bürger Eigenverantwortung für das Schicksal ihrer Stadt. In Hamburg sind über 500.000 Menschen in Sportvereinen eingetragen. Viele weitere tausende Ehrenamtliche engagieren sich für unser Gemeinwesen – in Schulen und Kindergärten, in Kirchen und Sozialeinrichtungen, in der Stadtteilkultur und in Bürgervereinen. Dies alles gibt unserer Stadt ein soziales Antlitz; dies alles ist ein Beitrag gegen die soziale Spaltung unserer Stadt. Eine starke Zivilgesellschaft und eine gelebte demokratische Kultur stiften Zusammenhalt und Solidarität und sind damit das wirksamste Mittel gegen das Erstarken extremer Kräfte. Engagement und Initiative der Bürgerinnen und Bürger

lösen gesellschaftliche Innovationen aus und sind unverzichtbar für die Bewältigung zentraler Herausforderungen, wie der Integration in der Einwanderungsstadt Hamburg und der Schaffung eines neuen Miteinanders der Generationen im demographischen Wandel.

Wir Sozialdemokraten werden deshalb

- alles daran setzen, um im Dialog mit diesen Institutionen für verbesserte Rahmenbedingungen des Ehrenamtes zu sorgen;
- insbesondere Netzwerke im ehrenamtlichen Engagement weiter fördern;
- eine internetbasierte Platzbörse für Jugendfreiwilligendienste voranbringen.

Statt die Teilhabe der Bürger zu fördern, hat der CDU-Senat Kernelemente der einst vorbildlichen Bürgerbeteiligung in unserer Stadt beschnitten und Volksentscheide missachtet. Und die CDU hat im Alleingang das vom Volk beschlossene Wahlrecht verändert. Dies war ein Schlag ins Gesicht hunderttausender Menschen in unserer Stadt und ein Beitrag zur Politikverdrossenheit.

Wir Sozialdemokraten sind zutiefst davon überzeugt, dass eine menschliche Metropole nur gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern gestaltet werden kann.

Deshalb

- müssen Volksentscheide verbindlich sein und zu fairen Bedingungen durchgeführt werden können;

- werden wir in Abstimmung mit der Wahlrechtsinitiative und unter Auswertung der Erfahrungen der Bürgerschaftswahl 2008 entscheiden, in welcher Form das von der CDU demontierte Wahlrecht wieder in Ordnung gebracht werden kann.

Wir Sozialdemokraten stehen für eine Kultur der demokratischen Beteiligung an der Zukunft unserer Metropole. Wir werden

- über Bürgeranhörungen und Einwohnerversammlungen vor Ort in den Bezirken, über Planungsforen und Planungswerkstätten für ganz Hamburg die Bürgerinnen und Bürger stärker mitnehmen und gemeinsam Hamburg gestalten;
- die kommunale Demokratie in Hamburg weiterentwickeln, die Jugendparlamente haben sich bewährt und müssen in allen Bezirken eingeführt werden;
- das Informationsfreiheitsgesetz, ein Stiefkind des CDU-Senats, zu einem wirklich bürgerfreundlichen Instrument umgestalten.

Transparenz und Beteiligung sind das Gebot für eine moderne Metropole im 21. Jahrhundert. Nur so entsteht wirklich eine Bürgergesellschaft, die nicht nur mitredet, sondern auch mitentscheidet.

Weltoffenes Hamburg

Hamburg wird sowohl in Brüssel als auch im Berliner Bundesrat seine Interessen aktiver als bisher wahrnehmen. Darüber hinaus kann unsere Stadt im Geiste des Friedens eine Mittlerin zwischen allen Erdteilen und Völkern der Welt sein. Hamburg fördert seine Beziehungen zu allen Kontinenten, die sich in vielfältigen wirtschaftlichen Aktivitäten von großen, aber auch Mittel- und Kleinbetrieben widerspiegeln. Bedeutende Anknüpfungspunkte für die internationalen Beziehungen sind auch Wissenschaft, Kultur, Bildung und Gesundheit. Die besonderen Beziehungen zu China, insbesondere Shanghai, werden weiter ausgebaut.

Wir wollen, dass Hamburg seine Verantwortung gegenüber den Ländern des Südens wahrnimmt und sie mit der Aufstockung seiner Entwicklungszusammenarbeit und seinem Engagement für „fairen Handel“ unter Beweis stellt. Hamburg als maritime Metropole mit einer langen Handelstradition soll zur Hauptstadt des „fairen Handels“ werden.

Wir werden unsere Städtepartnerschaften als Zeichen für Offenheit und internationale Verbundenheit intensiv pflegen und Hamburgs Ruf als liberale und weltoffene Stadt stärken.

Herausgeber

SPD-Landesorganisation Hamburg

Kurt-Schumacher-Allee 10

20097 Hamburg

www.spd-hamburg.de